

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **7 (1978)**

Heft 5

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höhern Schulen der Deutschschweiz: Auflage 32 000

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber, Liselotte Suter
Inserate: Inserateverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651
Adresse: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jahr Fr. 18.- (Ausl. 22.-), PC-Konto 80-37626

Das muss uns zu denken geben

Von Terroristen soll man sich abgrenzen. Die Gewalt der RAF und der Roten Brigaden wollen wir nicht. Darüber hinaus drängen sich aber einige Gedanken zur Terroristenhate, welche auch die Schweiz endgültig erreicht hat, auf.

Von Terroristen muss man sich abgrenzen. Wer es nicht tut, wird selber verdächtig. Deshalb diskutieren auch Linke heute nicht mehr gerne öffentlich darüber. Dabei betrifft es sie am meisten. Die einsetzende Repression – dem Mann der Strasse mit dem an die Wand gemalten Teufel Terrorismus längst schmackhaft gemacht – trifft alle kritischen Bürger. Früher oder später.

Pinochet, Argentiniens Videla oder der Schah von Persien Tausende einsperren und massakrieren lassen. Es klingt paradox: Indem der Gebrauch des Begriffes Terrorismus immer mehr eingeschränkt wird, wird er unpräziser. Reizworte sollte man nicht gebrauchen.

Wenn ein Repräsentant des Systems entführt wird, fällt das wochenlang die Spalten der Titelseiten der Tagespresse. Der gewaltsame Tod eines Menschen im Minuten unermesslichen Arbeitsprozess ergibt bestenfalls eine 15-Zeilen-Meldung. Der Verkaufswert der Schleyers, Moros und wie sie alle heissen, ist grösser als der eines von einer Maschine erdrückten Arbeiters oder selbst der ebenfalls erschossenen Leibwächter.

Terrorismus ist zu einem Reizwort geworden. Es ist heutzutage ein Privileg kleiner Desperado-Gruppen, Terror auszuüben. Dabei gibt es andere, weit radikalere Formen des offenen Terris. Etwas wenn ein multinationaler Konzern von einem Tag auf den andern 600 Arbeiter auf die Strasse stellt, weil die Profite in der Schweiz nicht mehr so hoch sind wie andernorts. Oder wenn die schlimmsten Terroristen wie Chile

Ein Grossteil der Presse ist angewiesen auf Mordende und Gemordete, auf Entführer und Entführte. Umgekehrt benutzen die Menschenhändler mit der Maschinenpistole die Medien. Diese lassen sich um des Verkaufserfolges mit dem Nervenkitzel willen von jenen (miss)brauchen. Das muss uns zu denken geben. Fredi Häni

Mit Falschmeldungen und Behauptungen soll die Linke für terroristische Attentate verantwortlich gemacht werden

Mit dem Schlagwort «Terrorismus» gegen Linke

Von unserem Berner Korrespondenten Fredi Häni

Terroristen erschossen einen Polizisten. AKW-Gegner böllern auf Wächter eines A-Werks. BuSiPo-Kritiker zünden das Haus der Schweizerischen Volkspartei SVP an. Ein Offiziersaspirant wird von Terroristen gekillt. Zusammenhänge zwischen dem Brandanschlag auf ein Kino und einer friedlichen Demonstration sind nicht ausgeschlossen. Alle diese pauschalen Verdächtigungen wurden von schweizerischen Medien in den letzten Wochen verbreitet. Zur Absicherung des jeweiligen Schreibtischtäters mit einem Fragezeichen dahinter oder in kosmetischen Anführungs- und Schlusszeichen. Dabei fehlen in allen Fällen auch nach wochenlangen Ermittlungen die Beweise. Oder politische Täter sind überhaupt ausgeschlossen. Doch die einmal Angegriffenen bleiben schuldig gesprochen.

Das Schweizer Volk wird eingestimmt auf die Terroristenhate. Seit der Verhaftung der beiden Deutschen, Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller, im Dezember 1977 wird immer wieder das Vorhandensein einer schweizerischen Terroristenzone suggeriert. Damit werden vermehrte Spitzeleiten, Überwachungen kritischer Bürger und Razzien bei Linken gerechtfertigt. Das Ziel ist klar: Der vielbeschworene Terrorismus dient als Vorwand dazu, den Rechtsdruck zu verstärken.

Ohne Verfahren verurteilt

Dabei ist bisher einzig Tatsache, dass trotz eifriger Polizei in keinem einzigen Fall der letzten Monate ein Zusammenhang zwischen Terroristen und Morden, zwischen Molotow-Cocktails und linken Gruppen nachgewiesen werden konnte. Trotzdem werden die einmal Verdächtigten laufend verurteilt – von einer mehr und mehr gleichgeschalteten Presse und von voreiligen Polizeibehörden. Rechtsgrundsätze werden schrittweise und somit beinahe unbemerkt über Bord geworfen. Wenn fällt schon auf, dass auch Monate nach einem Anschlag die zugehörigen Terror-Schlagzeilen immer noch mit Fragezeichen enden und dass die jeweiligen Artikel von Vokabeln wie «angeblich» und «mutmasslich» strotzen.

Heusler-Mord: Keine Terroristen

Die Fälle der letzten Monate:
● Heute steht fest, dass Polizeikorporal Rodolphe Heusler, in der Nacht vom 2./3. März 1978 in einem verlassenen Haus in der Nähe von Porrentruy erschossen aufgefunden, nicht, wie bis heute vielfach behauptet, von Terroristen getötet

worden ist. Die wirklichen Polizistenmörder haben sich einen besonderen Trick ausgedacht, um jeden Verdacht von sich abzulenken: Sie haben vor dem Mord anonyme Drohbriefe verschickt, die sie mit «Sympathisantengruppe Baader-Meinhardt» unterschrieben haben. Die Polizei führte denn auch in der linken Szene Grossrazzien durch: Die Sympathisanten mussten her! Inzwischen ist ein Polizistenkollege Heuslers wegen falscher Zeugenaussage verhaftet worden. Die Meldung dieser Verhaftung wurde in der Presse – wenn überhaupt – verschämt in einer Ecke platziert. Zugleich zeigt sich auch die Polizei. Sie hat kein Interesse daran, ihre früheren (bewusst oder unbewusst?) falschen Aussagen in aller Form zurückzunehmen.

● Rund um den Tod des Offiziersaspiranten Flükiger im Jura konstruieren militante Antiseparatisten (allen voran NA-Führer Valentin Oehen) einen Zusammenhang zu Jurassern oder Terroristen. Beweise fehlen bis heute.

● Auf zwei Wächter des A-Werks Gösigen findet ein Anschlag statt. Dies jedenfalls behauptet die gesamte Schweizer Presse mit Berufung auf die Polizei am 21. April, just in den Tagen der nationalrätlichen Debatte über Atomgesetz und Atominitiative. Drei Tage später enthält die «Basler AZ», dass für die Schüsse in Gösigen keine Beweise gefunden werden können. Die Polizei dementiert nicht. Weder werden Projektiler gefunden, noch zeigt der Hut des einen Wächters den behaupteten Durchschuss (die Polizei spricht von einer «schwachen Berührung»). Ausgerechnet in der fraglichen Nacht ist die Flutlichtanlage für die AKW-Umgebung ausgeschaltet, ausser den beiden Wächtern hört niemand Schüsse. Ausserdem werden die angebli-



Zeichnung: Hans Sigg

In Zeiten des Terrors

chen Schützen von den mitgeführten scharfen Wuchshunden nicht aufgespürt. Das «Attentat» wird sogleich den AKW-Gegnern in die Schuhe geschoben («Blick»-Titel: «Jetzt schiessen sie scharf!»). Die Schüsse bleiben unbewiesen.

● Auf das SVP-Haus in Bern werden zwei Molotow-Cocktails geworfen, und dies drei Tage vor der nationalen Demonstration gegen die Bundessicherheitspolizei und zehn Tage vor den Berner Kantonswahlen. Erst mehr als 12 Stunden nach dem Brand werden Briefe an die Presse abgeschickt, die sich durch Anonymität und schlechtes Deutsch auszeichnen. Der Inhalt der Briefe wird von den Medien aufgenommen («... Verantwortung übernommen...»). Sie sind mit «Aktionsgruppen gegen die BuSiPo» unterschrieben. Beweise für eine linke Täterschaft können nicht beigebracht werden.

● Ein Berner Kino (später folgt ein ähnlicher Anschlag in Zürich), das den neuesten, deutlich faschistoiden Entebbe-Streifen spielt, wird in Brand gesteckt. Auch hier werden anonyme Briefe herumgeboten, die ebenfalls erst abgeschickt worden sind, als der Anschlag längst bekannt ist. Aber nicht genug: Ein Polizeisprecher weist in einem Gespräch mit der Agentur DDP flugs auf eine wenige Tage zuvor polizeilich aufgelöste, weil nicht bewilligte Demonstration der POCH gegen den israelischen Einmarsch in Südfibanon hin.

Etwas bleibt hängen

Das Motto ist allemal: Etwas bleibt immer hängen. Da wird Stimmung gemacht gegen wirkliche und vermeintliche Terroristen, gegen Linke und kritische Demokraten. Das «Modell Deutschland» schwebt auch in der Schweiz manchem Polizisten und Publizisten vor. So schwang sich die «NZZ», dieser Fiebermesser bürgerlicher Krank-

Fortsetzung auf Seite 2



600 Arbeitslose können uns nicht ins Schleudern bringen

Firestone
radical
Ein Profil, das sich einprägt

Inhaltsverzeichnis	
Autofrei – Gedankenfrei 12 autofreie Sonntage	Seite 2
Die gewinnträchtige Bedrohung Schweizer Militärbudget ohne Grenzen	Seite 3
Clément Moreau – Gebrauchsgrafiker	Seite 5
Die Generäle bitten zum Spiel Fussball-Weltmeisterschaften in Argentinien	Seite 7
Die Reform fand nicht statt Das Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz	Seite 9

Am 27./28. Mai alle an die Urnen

Hochschulförderung: JA

In rund zwei Wochen wird über das Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz abgestimmt. Wir haben in Artikeln, an Veranstaltungen, in der Abstimmungszeitung deutlich gemacht, weshalb wir Studenten, aber auch alle einer fortschrittlichen Bildungspolitik interessierten, dieses Gesetz unterstützen müssen. Die negativen Folgen einer Ablehnung dieses Gesetzes (Zulassungsbeschränkungen, erhöhter Leistungsdruck, weitere Verschulung des Studiums) wären gravierend. Eine undifferenzierte Sparpolitik im Bildungsbereich – was die Konsequenz eines negativen Entscheides wäre – würde die heute geringen Aussichten auf demokratische Reformen zusätzlich verschlechtern. Der durch Zulassungsbeschränkungen ausgelöste Verdrängungseffekt würde diejenigen Jugendlichen, die über keinen Mittelschulabschluss verfügen und heute schon am meisten diskriminiert sind, am härtesten treffen. Chancengleichheit würde für lange Zeit noch weniger realisierbar.

Wir rufen alle auf, noch eine letzte Anstrengung im Abstimmungskampf zu unternehmen. Die Studentenschaften, die lokalen Aktionskomitees können auch Helfer brauchen, die nur einmal Flugblätter verteilen können. Wichtig in dieser Schlussphase des Abstimmungskampfes ist, direkt auch im persönlichen Bekanntheitskreis für den Umengang zu mobilisieren. Denn der Ausgang der Abstimmung ist offen, und jede Stimme zählt! Das Bildungswesen, die Universitäten dürfen nicht dem reaktionären Druck eines Otto Fischer und seiner rechtsbürgerlichen Gesinnungsfreunde ausgeliefert werden. VSS

Ein massives JA für das HFG!

Mit dem Schlagwort «Terrorismus»...

Fortsetzung von Seite 1

heitspolitik, alsbald aufs hohe Ross und ritt bereits am 11. März, eine Woche nach dem Heusler-Mord, eine Attacke. Da las sich etwa folgender Satz: «Im

Blick auf die historisch-politische Landschaft wäre es ebenso falsch, der Linken den heutigen Terrorismus pauschal in die Schuhe zu schieben – es gibt ja auch den Terror, der sich «rechts» ansiedelt, siehe Italien – wie es umgekehrt zu billig und bequem wäre, jeglichen Zusammenhang mit einer bestimmten Art linker Ideologie wegdiskutieren zu wollen.»

Der Autor dieser vielsagenden Formulierung, Hugo Büttler, machte es nicht «billig und bequem»: Er suchte der Einfachheit halber für den Rest seines samstäglichen Ergusses den Ausgangspunkt für den Terrorismus ausschliesslich bei der Linken (bis hin zu den Sozialdemokraten). Damit wird auch deutlich, wer letztlich einen Nutzen aus den «terroristischen Aktionen» zieht – die Rechte.

BuSiPo als Begleitmusik

Die Rechte ruft «Haltet den Dieb!», auch wenn sie gar nicht weiss, wen es zu fassen gilt. Damit werden die permanent Veränderten mit der Zeit tatsächlich zu Dieben. Das hat Methode: Der politische Gegner wird so lange kriminalisiert, bis er wirklich kriminell wird, weil ihm nichts anderes mehr übrigbleibt. In Deutschland mit Erfolg vordemonstriert, werden diese Methoden auch in der Schweiz angewandt. Im Hintergrund schwingt die Bundessicherheitspolizei bereits ihre Knüppel.

Bei einem Bestand von vorläufig 1300 Mann soll die BuSiPo nicht nur der Terrorbekämpfung dienen. Aber: Vor der Abstimmung über die neue alte Polizei –

das lässt sich schon jetzt voraussagen – werden noch einige «Anschläge» über die Bühne gehen. Für die BuSiPo besteht nämlich gar keine Nachfrage. Die muss erst geschaffen werden.

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Texte von Konrad Farner

Das Farner-Lesebuch enthält grösstenteils unveröffentlichte oder heute im Buchhandel nicht mehr erhältliche Schriften Konrads Farners (1903-1974). Die verschiedenen Arbeiten zur Literatur, zur bildenden Kunst, zu Politik und Geschichte, zu Marxismus und Kommunismus und zum Christentum, ergänzt durch persönliche Dokumente und Photographien sowie durch eine vollständige Bibliographie, vermitteln einen Eindruck von der vielseitigen publizistischen Tätigkeit dieses in unserem Lande lange Jahre totgeschwiegenen schweizerischen Marxisten. Der Band enthält auch den letzten Text Farners, «25 Thesen zum Fall Solchenizyn», den er für «das konzept» geschrieben hatte.

Alternativenergie

Die Broschüre «Das Honnef-Windkraftprojekt» hat wesentlich zur Klärung der Energiesituation nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, auch in der

++ redaktionelles ++ redak

«Mai-Zitig»

10 Jahre nach 68 – dieses «Ereignis» haben wir als Anlass zu einer Bestandesaufnahme der politischen Situation in der Schweiz genommen: die «Mai-Zitig». Runde Zellen eignen sich nun einmal prächtig dafür. Im Mittelpunkt stand unser Interesse zu wissen, was aus der Bewegung von damals geworden ist. Und wir hatten auch den Wunsch, jene, welche damals nicht aktiv dabei waren, das Bewusstsein zu vermitteln, dass in den sechziger Jahren einige Mauern eingerannt wurden: Mauern einer etablierten Normalität.

Die «Mai-Zitig» ist also ein Beitrag dazu, Erfahrungen, die schon gemacht sind, kennenzulernen. Damit wir weiterkommen.

Zwei kleine Redaktionen haben sich zu dieser Arbeit zusammengefunden: die des «Zeitdienstes» und die des «konzepts». Wir haben erfahren, dass Zusammenarbeit nicht einfach heisst, dass alle weniger zu tun haben. Im Gegenteil: der Aufwand war grösser, vor allem als Folge intensiver Diskussion. Zusammenarbeit heisst auch nicht, dass keine «Fehler» mehr entstanden: dass die «Mai-Zitig» allzustark auf Zürich sich bezog, ist nur einer davon.

Die Zusammenarbeit war aber trotz den zum Teil verschiedenen Ansichten möglich, und es war möglich, eine überbrosche Zersplitterung der linken Presse für ein Mal zu reduzieren. Und das kann eben dies bedeuten: dass die Aufsplitterung der Kräfte den Zeitungsmachern wohl bewusst ist, dass sie sich aber nicht einfach durch einen Willensakt aufheben lässt. Denn zu vielfältig sind nach wie vor die Akzente, die von den einzelnen Blättern gesetzt werden.

Die Zusammenarbeit gibt also eine Zielrichtung an. Und deshalb muss sie wiederholt werden.

Redaktion «das konzept»

Schweiz, den skandinavischen Ländern – bis nach Japan hin beigetragen. Die Grossnutzung der Windkraft wurde zusammen mit der Sonnenenergie als wichtigste Alternative zur Energiegewinnung aus Öl oder Uran anerkannt. Die Atomkraftwerke sind entlohnt. Nicht weniger Aufsehen erregte die Broschüre über das «Eckert-Kraftwerk». Das Eckert-Kraftwerk erzeugt absolut umweltfreundlich

den hochwertigen Wasserstoff, dessen Gebrauch ebenfalls in höchstem Masse umweltfreundlich ist.

«Das Honnef-Windkraftprojekt», die leicht verständliche Erläuterung dieser umweltfreundlichen Energieerzeugung.

DM. Direkt zu beziehen bei: Wolfgang Altenendorf, D-7290 Freudenstadt (Wittensweiler) im Schwarzwald, BR Deutschland, Postcheckkonto 109445-704 (Portospesen: 0.60 DM)



finger zeig

In dieser Rubrik präsentiert, kommentiert «das konzept» neuerschlossene Bücher für seine Leser.

Gedichte aus der (ganzen) Schweiz

Der Schriftsteller Bernd Jentsch (ehemals DDR) hat Gedichte von Schweizer Lyrikern unseres Jahrhunderts zusammengetragen (erschienen bei Benziger). Das Besondere an diesem Unternehmen ist der Umstand, dass alle vier Sprachregionen der Schweiz berücksichtigt wurden (Andri Peer, Giovanni Orelli und Bertil Galland halfen bei der Sammlung nicht-deutscher Gedichte). Natürlich wird der Leser zuerst sich in «seiner» Sprache umsehen; doch ist dann die Möglichkeit, sich in die anderen Sprachen und Regionen zu verirren. Fürs Rätoromanische sind Übertragungen abgedruckt, fürs Italienische hat man sie sich bloss zu wünschen. Ein Vorwort von Adolf Muschg und ein wertendes Nachwort von Jentsch sowie ein Register über die Autoren ergänzen die Gedichtsammlung. Das Buch deckt auf, dass Lyrik nicht fernab unserer Wirklichkeit stattfindet. Ein Beispiel des jungen Schriftstellers Beat Weber (Biel) beweist dies.

Mädchen in der Fabrik

von Beat Weber

Lange sah ich in die leeren Augen eines Mädchens.
Ein Gesicht aus Blech,
ein Körper aus elektrischen Impulsen.
Vögel, denk das Mädchen,
ich werde 9 Stunden lang gevögelt
vom rhythmischen Donner
der Stanzmaschine.

das konzept treibt den Mächtigen den Schweiss auf die Stirne.

Treiben Sie mit – abonnieren Sie.

Mit Ihrem Abonnement leisten Sie einen wichtigen Beitrag an die Entwicklung der alternativen Presse, die nötiger ist denn je!

«das konzept», Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen)

- Juni 1978 bis Dezember 1978 für 12 Fr. (Ausland 16 Fr.)
- Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)
- Geschenkabonnement (Name des Beschenkten hier eintragen; Adresse für Rechnung auf Zeilungsrand)

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Talon einreichen an: «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

Schicken Sie bitte eine Grausprobennummer an folgende(n) Bekannte(n): _____ dk 7815

HANS SIGER

Mai-Zitig

10 Jahre nach 1968: Wo stehen wir heute?

«das konzept» hat zusammen mit dem «zeitdienst» eine 32seitige «Mai-Zitig» produziert, mit Bildokumentation, mit Artikeln über die Entwicklung der Neuen Linken, über die Diskussion in der Frauenbewegung, über die Alternativmedien in der Schweiz, über Arbeitskollektive usw.

Die Zeitung ist nicht nur eine Dokumentation über das «berühmte» 68, sie ist gleichzeitig auch eine Dokumentation darüber, was davon heute noch besteht.

Die Nummer ist zu beziehen gegen 2 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Ich bestelle... Ex. der Mai-Zitig:

Name, Vorname: _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Ort: _____

das konzept

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Schweiz. Telefon ☎ (01) 47 75 30, PC-Konto 80-37626.

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweinguber, Liselotte Stuer.

Redaktionsstelle Bern: Fredi Hännli, Tel. (031) 25 88 05

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unentgeltlich zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 32 000.

Inserate: Inseratverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich. Tel. ☎ (01) 47 75 30. PC-Konto 80-36651 1-sp-mm-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich

Mitarbeiter-Sitzung: 19. 5. 78
Weinbergstr. 31, 12 Uhr
Redaktionsschluss: Nr. 6: 22. 5. 78
Inseratabschluss: Nr. 6: 26. 5. 78

Schweizer Militärbudget: Wachstum ohne Grenzen

Die geschäftsträchtige Bedrohung

Von Bruno Baeriswyl

Die «nationale Unabhängigkeit», ein oft zitierter Begriff, muss für vieles erhalten: er rechtfertigt die Existenz unserer Armee, die Rüstungsindustrie und ein horrendes Militärbudget, das mit 20,1 Prozent den grössten Anteil an den Ausgaben des Bundes hat. «Versicherungsprämien» nennt Bundesrat Rudolf Gnägi, Chef des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD), die in die Armee investierten Steuermittel. So gelten die Militärausgaben als Tabu. Die Meinung des Volkes, das mehrheitlich beim Militär sparen will, wird nicht zur Kenntnis genommen (vgl. «das Konzept», März 1978). Weiterhin gibt man für eine fragwürdige Verteidigungspolitik Milliarden, die vor allem in die Taschen der Rüstungsindustrie fliessen, aus und gaukelt dem Volk vor, für seine Sicherheit zu sorgen.

Unsere nationale Sicherheit und Unabhängigkeit sei gefährdet, denn... Das EMD jongliert mit Zahlen und versetzt den Bürger in Angst um seine bedrohte Existenz. Landauf, landab stimmt der Chor der Offiziersgesellschaften in dieses Gemälde des EMD mit ein. Die Armee sei unser wichtigstes «Friedensinstrument» und mit unserer Unabhängigkeit sei es zu Ende. Nicht genug damit: Die EMD-Ausgaben sollen weiter steigen. Für 1980 sind 3472 Mio. Franken budgetiert, und 1981 sollen sogar 3614 Mio. Franken für die Landesverteidigung ausgegeben werden, was einem Zuwachs gegenüber 1977 von über 16 Prozent entspricht.

symmetrie zu sprechen.» (Muheim, CVP). Bundesrat Gnägi versichert, dass das EMD – im Vergleich zum alten Finanzplan (!) – für 1978 260 und für 1979 217 Mio. Franken gespart habe. Verschwiegen wird, dass das Budget 1978 um 36 Mio., dasjenige von 1979 um 229 Mio. Franken über demjenigen des letzten Jahres liegt. Nicht genug damit: Die EMD-Ausgaben sollen weiter steigen. Für 1980 sind 3472 Mio. Franken budgetiert, und 1981 sollen sogar 3614 Mio. Franken für die Landesverteidigung ausgegeben werden, was einem Zuwachs gegenüber 1977 von über 16 Prozent entspricht. Das Militärbudget wird in den nächsten Jahren die höchste Wachstumsrate aller Budgetposten aufweisen. Die Sparwünsche des Volkes werden von den Volksvertretern im Parlament übergangen. Das Volk hat zu wollen, was die «Volksvertreter» wollen. Die Sparversprechungen des EMD sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben stehen.

Militärausgaben verdoppelt

Seit 1958 haben sich die Militärausgaben der Schweiz – bei Berücksichtigung der Teuerung – nahezu verdoppelt. 1958 betrug das Militärbudget erstmals mehr als eine Milliarde Franken, im letzten Jahr waren es 3,110 Mrd. Franken. Dieser enorme Anstieg der Militärausgaben wird aber vertuscht. Das EMD operiert in der Öffentlichkeit mit einem fragwürdigen Zahlenspiel. Die Militärausgaben werden am Bruttosozialprodukt gemessen. Diese Zahlen zum Vergleich: Der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt betrug Ende der fünfziger Jahre noch drei Prozent, heute sind es rund zwei. So lässt sich ein Rückgang der Militärausgaben konstruieren, der jenen Kreisen recht kommt, die immer mehr Rüstungsausgaben fordern.

Die Rüstungsideologie

Etwas von diesem enormen Anstieg der Militärausgaben lässt bereits das Rüstungsbudget für 1978 ahnen. 723 Mio. Franken sind zur Beschaffung von Kriegsmaterial in diesem Jahr vorgesehen. Ein wichtiger Schritt in der Realisierung des Armeeleitbildes 80 sei das neue Rüstungsprogramm, meint Generalstabchef Senn. Magisches Wort dieses Armeeleitbildes, das 1975 vom Bundesrat vorgelegt wurde, ist «Disuasion»: Ein möglicher Angreifer der Schweiz soll «abgeschreckt» werden mit der Drohung, dass er bei einem Angriff auf unser Land einen «hohen Eintrittspreis» zu zahlen habe. Angaben über die effektive Höhe dieses Eintrittspreises, etwa in der Form einer Prozentangabe der Bevölkerung und Soldaten, die man zu opfern bereit ist, wolen die Schweizer Militärstrategen allerdings nicht machen. Ein mögliches Übergreifen eines Krieges – den man als «Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen Westen mit dem kommunistischen Osten» sieht (Hans Burger, Oberst und Instruktionsoffizier) – auf die Schweiz soll die Armee verhindern. Das Gleichgewicht des Schreckens, die Rüstungsanstrengungen der Grossmächte werden als Friedensgarant angesehen und zur Kenntnis genommen, solange man sie mit den eigenen konventionellen Kriegsmitteln vergleichen kann. Die Entwicklung der nuklearen Technologie, welche die gesamte Menschheit bedroht, wird in der Schweizer Armeeverharmlost.

Militär- gegen Sozialausgaben?

Obwohl mehr als 60 Prozent der Bevölkerung laut einer Untersuchung über den Sparwillen des Volkes (vgl. «das Konzept»-Dokument, März 1978) beim Militär sparen wollen, sind die Militärausgaben im Parlament tabu. In einem Postulat forderte die sozialdemokratische Fraktion im Parlament, dass auch die Militärausgaben nach den gleichen Sparkriterien wie die übrigen Ausgaben des Bundes überprüft werden. Die Mehrheit des Parlaments lässt aber Gnägi und seine Mannen nicht im Stich: Abstriche am Militärbudget kommen nicht in Frage. «Im übrigen sind wir überzeugt, dass die Mehrheit des Volkes für eine starke Landesverteidigung eintritt. Das hat seinen Preis. Es ist der Preis, den wir für unsere Unabhängigkeit zu bezahlen haben» (Péquignot, FDP). Und diejenigen, die sich am meisten für eine starke Armee hervortun, zeichnen sich umgekehrt als die vehementesten Sozialbauern aus. Den Sozialdemokraten wird vorgeworfen, die Landesverteidigung gegen die Sozialpolitik auszuspielen. «Es wäre falsch, von einer Opfer-

in seinen umfassenden Studien kommt das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zum Schluss, dass die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges ständig zunimmt. «Diese Schlussfolgerung ist praktisch unvermeidlich, während man nur an die Fortschritte der Militärtechnologie und ihre weltweite Verbreitung denkt. In Anbetracht des katastrophalen Charakters eines allgemeinen Atomkrieges ist die zunehmende



Zeichnung: Martial Leiter

Wahrscheinlichkeit seines Ausbruches, milde gesagt, alarmierend.» Die Hauptgründe für diesen Pessimismus des Stockholmer Friedensinstitutes sind folgende:

- Das Wettrennen zwischen der Sowjetunion und den USA führt zum Potential des ersten Schlags (man glaubt, die gegnerische Vergeltung und damit die eigenen Verluste auf ein dem politischen Ziel entsprechendes Mass mindern zu können).
- Die Verbreitung der Nukleartechnologie für friedliche Zwecke bringt die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen in die ganze Welt.
- Der internationale Waffenhandel militarisiert rasch den ganzen Erdball.
- Bei der bisherigen Einstellung zur Rüstungsbegrenzung ist es nicht gelungen, das atomare Wettrennen einzuschränken, die Verbreitung von Kernexplosionsmaterial zu verhindern oder im Waffenhandel zu kontrollieren, von nuklearer Abrüstung ganz zu schweigen.

Der Atomkrieg passt nicht in die schweizerische Konzeption der Sicherheitspolitik, in eine Konzeption, wo aus «sicherheitspolitischen Gründen» die Frage eines Journalisten, ob EMD-Chef Bundesrat Gnägi ein Sackmesser auf sich trage, nicht beantwortet werden kann. Die Fragen – wie sie zum Beispiel ein Autorenkollektiv im Buch «Soziale Verteidigung» des Schweizerischen Friedensrates aufwirft –, ob unter solchen Umständen ein Kleinstaat künftig überhaupt noch mit den ihm möglichen finanziellen Anstrengungen im Rüstungswettlauf mit Grossmächten gleichziehen und ob seine ihm mögliche militärische Planung und Aufrüstung die Bevölkerung vor ganzzahliger Zerstörung und Untergang schützen kann, werden von den Schweizer Militärstrategen tunlichst unter den Tisch geschoben.

Die internationale kritische Friedensforschung schlägt aufgrund der erwähnten Fragwürdigkeiten eine Alternative für militärischen Verteidigung eines Landes vor, die Soziale Verteidigung. (Das oben erwähnte Buch zeigt eine gewaltfreie Alternative für militärischen Verteidigung der Schweiz.)

schaften machen ein paar wenige, deren Gewinne mit der Zunahme der Rüstungsausgaben immer mehr ansteigen.

Schweizer Profiteure

Da ist einmal die Bührle-Gruppe. Im vergangenen Jahr erhöhte sich der Reingewinn der Oerlikon-Bührle-Holding AG von 36,8 auf 47,2 Mio. Franken oder um 28 Prozent. Die Verkäufe wurden um 15 Prozent gesteigert. Der Verwaltungsrat beantragt, die Dividenden um ein Prozent auf 15 Prozent zu erhöhen. Im Konzern beträgt der konsolidierte Konzernerfolg (ohne Bally) 204,6 gegenüber 158,3 Mio. Franken im Vorjahr. Innerhalb des Bührle-Konzerns sind die Contraves, die Werkzeugmaschinenfabrik Oerlikon, die Hispano-Suiza und die Pilatus-Flugzeugwerke dem Rüstungssektor zuzurechnen. Einen gestiegenen Umsatz und Ertrag 1977 meldet auch die Schweizerische Industrieergesellschaft Neuhausen (SIG), die ihren Umsatz vor allem im Maschinen- und Waffensektor steigern konnte (11 Prozent).

Ihren Umsatz ebenfalls steigern (um 2 Prozent) konnte im vergangenen Jahr die Zellweger-Uster-Gruppe, die zusammen mit der Hasler AG die Armee mit elektronischen Geräten beliefert. Ebenfalls auf dem gleichen Gebiet arbeiten die Siemens-Albis AG und die Autophon AG. Als Basis- und Zulieferanten mit hohem Umsatz sind auch die BBC, Sulzer, Von Roll, Saurer und zum Teil auch die Motorwagenfabrik AG (Mowag) zu nennen.

Der Anteil der Rüstungsproduktion am Umsatz der einzelnen Firmen ist unterschiedlich. Bührle erreicht rund ein Viertel seines Umsatzes mit der Waffenproduktion. Der Waffenexport und die Verlagerung der Produktion ins Ausland, um mit billigeren Arbeitskräften produzieren und die Kontrolle der Waffenausfuhr ungenügend zu können, bringen weitere Profite und werden mitunter als Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion für die Schweizer Armee be-

Das Milliardenending

Das sicherheitspolitische Leitbild unserer Armee rechnet mit der ständigen Bedrohung. Die Rüstungslobby im EMD sorgt dafür, dass die Abwehr mit den Waffen erfolgt, die die Schweizer Industrie anzubieten hat. Es sei nicht immer leicht, mit ausländischen Produzenten bezüglich Leistung, Qualität und Preis zu konkurrieren, meint EMD-Chef Gnägi, der sich die Argumentation der Rüstungslobby zu eigen macht. Um die Dissuasionswirkung der schweizerischen Landesverteidigung sicherzustellen, müssten die Militärwerkstätten des Bundes auch in Zukunft ihre Aufgaben bei der Beschaffung von Waffen, Geräten und Munition erfüllen, so Gnägi. Ein Freipass von EMD-Chef, um immer mehr Geld für die Rüstungsbeschaffung zu verbüchern, denn die Schweizer Produkte sind teuer und mühen nach wenigen Jahren unbrauchbar oder bleiben bereits in der Entwicklung stecken.

Es fiel ihm leicht, denn Konsequenzen musste er keine befürchten.

Ein weiteres Beispiel: Der «Panzer 68», ebenfalls eine schweizerische Eigenentwicklung, von der man mit dem neuen Rüstungsprogramm weitere 60 Stück anschaffen will. Zum gleichen Zeitpunkt verzichtete Österreich auf den Kauf dieses Schweizer Panzers, da man sich heute wirklich fragen müsse, ob es verantwortbar sei, einen Panzer aus einer alten Generation anzuschaffen. Etwas schwerer wiegen die technischen Mängel, denn wer will schon einen Panzer, bei dem sich plötzlich Schüsse lösen (so geschahen im letzten Jahr). Das sind jedoch nicht die einzigen Gründe, weshalb Österreich an Schweizer Panzer nicht interessiert ist: Die Panzer sind für Österreich zu teuer.

Allein diese Gründe hindern das EMD nicht, weitere Millionen für diesen Panzer auszugeben. Alte Panzer haben ja auch ihren antiquarischen Wert. Das kommt sicher dem Berner SVP-Stadtrat Ulrich Ausgubser – hauptberuflich im Eidgenössischen Militärdepartement tätig – gelegen, der einen neuen Verein ins Leben gerufen hat mit dem Ziel, ein Schweizerzertifikat für die grünen Schweizer Panzer zu lassen sich einiges ausstellen – wenn nicht die ganze Armee. Im weiteren sei nur an den Mirage-

Skandal erinnert und an die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges «Tiger», das von Experten als das «letzte» Flugzeug bezeichnet wird. 1,2 Milliarden kostet die Anschaffung des «Tigers», und bereits fordern die Offiziersgesellschaften die Aufnahme der Planung für eine nächste «Erneuerungstranche» der Kampfflugzeuge, «ohne nachde, kommerzielle Interessen im Vordergrund», d. h. ohne auf die Ausgaben schauen zu müssen.

Solange das Volk nicht direkt auf die Militärausgaben Einfluss nehmen kann, werden die Militaristen und Rüstungslobbyisten in Bern weiterhin ihr Süppchen kochen mit unserer bedrohten Sicherheit.

Die Einführung des Finanzreferendums bei Militärkrediten begrüssst das EMD «als Belebung der Diskussion», um ihr nachher die Abfuhr zu erteilen: Das Referendum erschwere «ein wirtschaftliches und industrie-rechtes» Disponieren. Mit der gleichen Arroganz blockt der Bundesrat auch immer wieder die Bemühungen um ein Schweizerisches Friedensinstitut, das eine Neubesinnung in der Sicherheitspolitik bringen könnte, ab. Die jährlichen Kosten von 400 000 bis 600 000 Franken finden neben dem milliardenschweren Militärbudget keinen Platz. Die schweizerische Militärpolitik lässt sich nicht in Frage stellen. Bruno Baeriswyl

Mit schwerem Geschütz fährt aber die Rüstungsindustrie auf, wenn sie durch die In-Frage-Stellung der Rüstungsausgaben ihren Umsatz in Gefahr sieht. Und das Rüstungsprogramm 78 ist schon so zugeschnitten, dass über zwei Drittel der Aufträge an die einheimische Industrie gehen.

Das Rüstungs geschäft

Die Rüstungsprogramme waren schon immer fette Brocken für die schweizerische Industrie. Zwischen 1965 und 1976 wurden ihr Rüstungsaufträge für 7,5 Milliarden Franken und Aufträge für militärische Bauten für 2,8 Milliarden zugehakt. In die rund 500 Millionen Franken, die mit dem Rüstungsprogramm 78 in der Schweiz verteilt werden, teilen sich über 5000 Firmen. Doch die grossen Ge-

gewalt / medien

Zehntausend Schuss

Von Gesche-M. Cordes und Christian Mürner

Und dies mitten auf einer belebten Geschäftsstrasse.

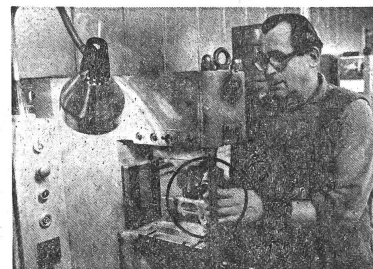
Das nebenstehende Bild erschien in vielen Zeitungen. Die einen schrieben von einem «bewaffneten Demonstranten», während andere von (wirklichen?) Schüssen auf (von?) anrückende(r) Polizei¹ berichteten. Einzelne zeichneten die undeutliche Pistole noch nach



Ist das Strassentheater? Wir fragten uns: Wie ist das mit dem Unterschied zwischen Spielzeug und der Pistole? Mit dem Verhältnis

zwischen Ziel, so tun als ob und der Tat?
Oder anders: Wozu werden Pistolen gemacht? Zum Gebrauch? Für wen? Woran

denken wir, wenn wir eine (Spielzeug-)Pistole in der Hand haben?² Zielen wir nur? Drücken wir auch ab?

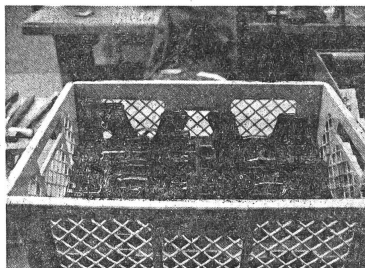


Wir befinden uns hier nicht in der chirurgischen Abteilung eines Spitals. Da (auf dem Bild) wird nicht ein abgegebener Schuss herausoperiert, sondern ein neues noch rohes Gehäuse (das maschinell hergestellt wurde) einer neuen Pistole numeriert. Diese Nummer soll dann im Waffenschein des Besitzers registriert werden.
Auf dem Werkgelände dieser Waffenfabrik wird täglich scharf geschossen, natürlich in speziellen Räumen.

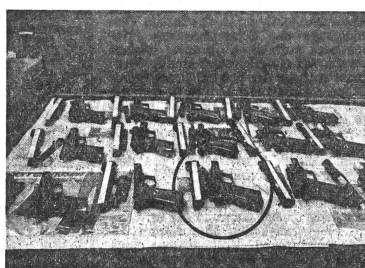
Zuerst müssen die Pistolen aber weiter zusammengesetzt und kontrolliert werden. Dies geschieht wiederum an speziell eingerichteten (kümmerlichen) Arbeitsplätzen, als einziges persönliches Überbleibsel des Arbeiters hängt vielleicht ein Kalender mit einer schönen Frühlingslandschaft an der Wand.



Wichtiger sind nun einmal die Ablegeflächen für die Pistolen; etwa 40 000 werden im Jahr produziert. Und eine gute Pistole muss 10 000 Schuss ohne Störung, auch unter erschwerten Bedingungen wie Nässe und Frost, abfeuern können.⁴



Wenn eine neu entwickelte Pistole diese Tests, die von Polizeibeamten durchgeführt werden, bestanden hat, wird sie ausgeliefert. Dies (siehe Bild) ist die P 220. Sie wird von der Schutz- und Kriminalpolizei der Bundesrepublik Deutschland, aber auch von der Schweizer Armee benutzt, also muss sie gut sein.



Aber es gibt schon eine neue, die P 225. Werbeslogan: Schneller und besser zum ersten Schuss!

Uns wird ganz mulmig. Was denken die dabei? Zielen die nur? Drücken die auch ab?



Anmerkungen
¹ Vgl. «Der Spiegel», Nr. 31, 25. 7. 1977, oder «Zeit», Nr. 23, 27. 5. 1977.
² Vgl. «Hamburger Abendblatt», Nr. 114, 17. 5. 1977. (Hier wurde die Pistole ausführlich nachgezeichnet.)
³ Vgl. H. Hawks, Sein Mädchen für besondere Fälle, amersk. Spielfilm, 1940.
⁴ Vgl. «Wirtschaftswochen», Nr. 5, 27. 1. 1978. (Die Waffenfabrik J. P. Sauer & Sohn, (Besitzer: Schweizerische Industriergesellschaft, Neuhausen, und Muhrmann, Kiel) befindet sich in Eckernförde, Schleswig-Holstein, BRD. Umsatz 1977: 19 Millionen Mark.)

Die geschäftsträchtige Bedrohung

Fortsetzung von Seite 3

zeichnet. 1977 ist der Export von Schweizer Waffen weiter angestiegen. Im Vorfeld der Abstimmung über die Waffenaussfuhrbeschränkungsinitiative im Herbst 1972 beauftragte sich der Bundesrat einer strikteren Bewilligungspraxis, doch seit 1972 hat sich die Kriegsmaterialausfuhr verdoppelt. Dazu kommt, dass über die Hälfte dieses Militärmaterials gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Kriegsmaterialgesetzes vom Jahr 1972 in Kriegs- und Spannungsgebieten geliefert wurde («Kritische Liste» der Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenaussfuhrverbot).

Neben der privaten besitzt die Schweiz aber auch noch eine staatliche Rüstungsindustrie. Die wichtigsten Werke sind die Eidg. Konstruktionswerkstätte Thun, die Eidg. Waffenfabrik Bern und das Flugzeugwerk Emmen sowie zahlreiche Pulvermühlen und Munitionsfabriken.

Tod einer Legende

Weitherum verbreiten das EMD und die Rüstungslobby die Legende, dass mit der einheimischen Rüstungsindustrie Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden könnten. Eine neue Studie des ame-

risikanischen Bureau of Labor Statistics (BLS) belegt, dass Militärausgaben wenig effektiv in der Schaffung neuer Arbeitsplätze sind. Nach den Berechnungen des BLS schafft eine Nachfrage von 1 Mrd. Dollar in den Schlüsselsektoren der Rüstungsindustrie durchschnittlich lediglich 75 710 Arbeitsplätze. Eine Steuersenkung in der gleichen Höhe, die in den privaten Verbrauch einge, würde dagegen durchschnittlich 112 363 Arbeitsplätze sichern. Die gleiche Nachfrage im Gesundheitswesen würde 138 939, im Erziehungswesen sogar 187 299 Arbeitsplätze schaffen.

Indem die Rüstungsausgaben alternativen Staatsausgaben im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich die finanziellen Ressourcen entziehen, schaffen sie nicht nur keine neuen Arbeitsplätze, sondern vernichten im Gegenteil Arbeitsplätze.

Die Umschulung der jetzigen Rüstungsarbeiter – das zeigt ein Modell aus England – ist kein Problem, und eine alternative zivile Produktion kann praktisch von einem Tag auf den anderen aufgenommen werden.

Das Problem der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie ist keine Frage der wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit, sondern eine der politischen Prioritäten.

«Aktzeichen: XY ... ungelöst»

Nährboden für «law and order»

In einer Petition fordert die Sektion Bern des Arbeitnehmer-Radio- und -Fernsehverbundes der Schweiz (ARBUS) bei der Generaldirektion des Fernsehens der deutschen und rätoromanischen Schweiz (SRG) die Absetzung der Fernsehserie «Aktzeichen: XY ... ungelöst». Im folgenden Artikel begründen sie ihren Schritt und fordern zur Unterzeichnung der Petition auf.

Nach schweizerischem Strafrecht besteht der Sinn einer Haftstrafe darin, die Straffälligen in das bürgerliche Leben zurückzuführen. «XY» stellt einen riesigen Pranger dar; wer einmal darauf sieht, kommt schwerlich hell heruher. Konkret: Millionenfach wird ein – immer erst mutmasslicher – Täter als Bösewicht schlechthin dargestellt, der ohne auch nur irgendwelche erklärbaren Motive seinen «Triebs» und «Anomalien» freien Lauf lässt. Die Resozialisierung,

letzlich, so'schreibt u. a. der Strafrechtler Peter Aebersold in einem Brief an die SRG, «Bedingungen Vorschub leistet (Misstrauen, Anonymität, Beziehungslosigkeit), die für die Entstehung neuer Kriminalität der günstigste Nährboden sind».
 «Nicht zu vergessen ist hier auch, dass dem Zuschauer ein stark verzerrtes Bild einer immens ansteigenden Kriminalität gezeigt wird. Die Wirklichkeit aber sieht anders aus: So ging die gesamte Anzahl der in der Schweiz nach Strafrechtbuch Verurteilten von 1960 bis 1975 um über 7 Prozent zurück.

Aktzeichen: XY ...

Sehr beliebte Eurovisionssendung von ZDF, ORF und SRG (Verantwortung bei ZDF). Seit Ende 1967 in der BRD; pro Jahr 10 Sendungen; jeweils Freitagabend. «XY» ist eine Fahndungssendung: Es werden ungelöste Kriminalfälle gezeigt (pro Sendung üblicherweise 3 Filmfälle, das sind Kurzkrimis mit Tatrekonstruktion, und 3-6 Studiofälle, d. h. Fahndungsfotos, mündliche Erläuterungen); Fragen an Publikum; Zuschauer können an die Studios der drei Länder telefonisch Hinweise melden; laufende Auswertung und Erfolgsmeldungen.

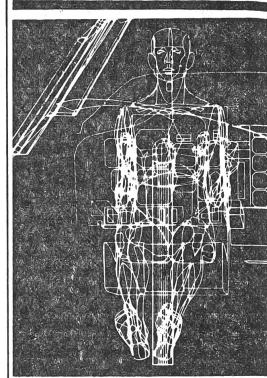
Präsentation der Sendung im Hauptstudio (ZDF) durch Ewald Zimmermann; Gestaltung der Sendung durch «Deutsche Kriminalfachredaktion Zimmermann», Produktionsgemeinschaft «Securitel»; beides Privatunternehmen mit vertraglicher Bindung zum ZDF; Gestaltung und Produktion in Zusammenarbeit mit Kriminalpolizei (Absprache, Texte usw.).

der Sinn der Haftstrafe also, ist dadurch noch um ein Vielfaches schwieriger, als sie bei den heute üblichen Haftbedingungen ohnehin schon ist. Dies noch besonders rund die Hälfte der durch «XY» Verhafteten zu eher tiefen Haftstrafen von nicht mehr als vier Jahren verurteilt wurden. Es gibt immer wieder Fälle, bei denen falsche Personen verhaftet werden, es ist auch schon vorgekommen, dass gefassten Verdächtigen die Tat gar nicht nachgewiesen werden konnte. Solche Fehler haben kaum messbare Folgen für die jeweils Betroffenen.

Gefährliche Eigendynamik

Nicht nur für den einzelnen Betroffenen wirkt sich die Sendung gefährlich aus. Auch die Gesellschaft als Ganzes hat unter den Folgen zu leiden. In «XY» wird davon ausgegangen, dass ein Rechtsstaat heute nicht mehr fähig ist, den «Ganoven» das Handwerk zu legen. «XY»-Präsentator Zimmermann: «Die Zeiten haben sich insbesondere in der Bundesrepublik geändert. Kein echter Ganove hat heute mehr Angst vor der Kripo. Er weiss genau, wie sehr in den letzten Jahren nach dem Krieg die Polizei in ihren Kompetenzen beschnitten worden ist. Er, der routinierte Rechtsbrecher – und nicht etwa der gesetztreue Bürger – ist in erster Linie der Nutzniesser der «Entpolizeilichung». Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung, wie sie durch Terroranschläge heute zusätzlich genährt werden, werden so bewusst geschürt. Dadurch wird die Grundlage für eine gefährliche Law-and-order-Stimmung gebildet. Unterschwelliges Denunziantentum greift um sich; jeder überwacht jeden, kontrolliert seinen Nachbarn auf «Normalität», jeder wird zu jeids Feind. Eine Tendenz, die

das Konzept Tip



Der Computer hat unseren Alltag gewaltig verändert. Doch die forcierte Automatisierung hat nicht nur Probleme gelöst, sondern auch neue geschaffen: ganze Berufe verschwunden, qualifiziertes Wissen wird wertlos, neue Berufe entstehen, welche durch Stress und Monotonie gekennzeichnet sind (Datatypistin, Operateur usw.). Die jüngsten Streiks in Deutschland zeigen, dass Automatisierung zum Arbeitskampffihema Nummer eins der 80er Jahre wird. Die SMUV-Gruppe «Ingenieur- und technische Angestellte» hat dieses Problem schon vor einem Jahr aufgreifen und jetzt die Texte einer Vortragsserie veröffentlicht.

Die Broschüre «Computer – Fortschritt oder Abhängigkeit» kann beim Sekretariat des SMUV, Werdsstrasse 36, 8004 Zürich, zum Preis von 5 Fr. bezogen werden.

Früchte der Arbeit

Im Zürcher Kino «Movis 1» ist soeben der Film «Die Früchte der Arbeit» von Alexander J. Seiler angefallen. Der Film handelt vom Leben der Arbeiter und von der Geschichte der Arbeiterbewegung und deren Organisationen in der Schweiz. Diese Geschichte wird in differenzierten Gesprächen mit Arbeitern verschiedenen Alters und mit unterschiedlichen historischen Erfahrungen durchsichtig gemacht.

Zu den Auseinandersetzungen um den Film nach dessen Fernsehstrahlung vom 1. Mai 1977 siehe «das Konzept» 5/1977 (Artikel von Alexander J. Seiler, Peter Bichsel, L. Suter)

«Supermärkt»

«Supermärkt» heisst die neue Langspielplatte von Aernschd Born. Born, der vor zehn Jahren zum ersten Mal mit einem Song an die Öffentlichkeit trat, bringt wieder zeitkritische Lieder zu «Ergniss» wie Firestone usw. Die Platte ist in jedem Schallplattengeschäft erhältlich.

seiner gerichtlichen Verurteilung als unschuldig zu gelten hat. Die rechtliche Abstufung der öffentlichen Fahndung ganz allgemein ist in den kantonalen Strafprozessordnungen der Schweiz zum Teil gar nicht vorhanden.

Und die Erfolge?

Die Befürworter von «XY» geben Mängel, wie sie oben aufgeführt sind, teilweise durchaus zu, rechtfertigen sie aber mit dem Zweck der Sendung, der Fassung von Straffälligen. Nun hat die Sendung sicher Erfolge aufzuweisen, diese werden aber im allgemeinen überschätzt. In den ersten 100 Sendungen (756 Fälle) wurden durchschnittlich ziemlich genau 40% der Fälle geklärt. Ausgerechnet bei den Filmfällen aber, die schwerwiegend Kapitalverbrechen spannungsgeladene aufbereiten, liegen die Erfolgsquoten erheblich darunter.

ARBUS, Sektion Bern
 Weitere Petitionsbögen und Argumentationskataloge können bezogen werden beim Arbeitnehmer-Radio- und -Fernsehverband (ARBUS), Sektion Bern, Postfach 1061, 3001 Bern.

Petition auf Absetzung der Sendereihe «Aktzeichen: XY ... ungelöst» vom Programm des Schweizer Fernsehens

Die Unterzeichnenden fordern die Generaldirektion der SRG auf, die Sendung «Aktzeichen: XY ... ungelöst» vom Programm des Fernsehens der deutschen und der rätoromanischen Schweiz abzusetzen. Aufklärung von Verbrechen und Fahndung nach Verbrechen ist in einem Rechtsstaat grundsätzlich Sache der Polizei. Nur in Ausnahmefällen rechtfertigt sich der Einsatz weiterer Mittel. Eine auf spannungsgeladene Unterhaltung ausgerichtete Menschenjagd, wie sie «Aktzeichen: XY ... ungelöst» darstellt, dient in erster Linie der Befriedigung der Sensationslust des Fernsehpublikums und ist in jedem Fall abzulehnen.

Name, Vorname	Beruf	Adresse	Unterschrift

Einsenden an: Arbeitnehmer-Radio- und -Fernsehverband (ARBUS), Sektion Bern, Postfach 1061, 3001 Bern



«Der Nachbar der sie verrät»



«Das Verhör»



Vor der Folter



«Man gibt ihm einen Strick. Er soll sich aufhängen»
Aus der Folge «La Comedia Humana» von Clément Moreau.

Der Gebrauchsgrafiker Clément Moreau über seine Arbeit

«Meine Arbeit gehört dem, der sie brauchen kann.»

Der Künstler Clément Moreau unterscheidet sich von anderen insbesondere dadurch, dass er sich nicht als Künstler im bürgerlichen Sinn versteht. Seine Kunst, vor allem Linolschnitte, haben ein klares Engagement: gegen die Unterdrückung des Menschen. Sein Kampf mit dem Linolmesser galt zuerst der Nazi-Herrschaft. Seine Grafiken waren – und sind es noch heute – Bilder einer selbstbewussten Arbeiterschaft. Gelernt hat Moreau insbesondere von Kollwitz und Heartfield; gelernt aber auch von aus seiner Jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit den Herrschenden, im Kontakt mit der Arbeiterbewegung. Richard Dindo hat einen Film über Moreau (und den Arbeiterphotographen Hans Staub) gemacht: «Zwei Porträts»; er wurde am 1. Mai am Fernsehen gezeigt. «das konzept» dokumentiert Auszüge aus dem Film.

mal an, aber das hat wirklich geholfen, das war schön. (. . .)

Zu Gewerbeschülern

Ich bin ein Gebrauchsgrafiker, ich versuche etwas zu machen, was man gebrauchen kann, mich interessieren als Themen, das Menschliche und das Soziale. Wir haben uns früher, das kam ja auch schon durch die Zeit, viel mehr für diese Probleme interessiert.

Und meine erste Bildergeschichte, an die ich mich erinnere, hiess «Das dreckige Geld». Aber nachher war dann wichtig der Versuch, zu zeigen, was eine Diktatur ist, in der Hitler-Zeit. Jede Woche hatten wir in den Zeitungen vier Zeichnungen oder x Schnitte, in welchen Zeitungen? In verschiedenen, drüben in Südamerika, aber auch in England. Und in Deutschland? In Deutschland, Mensch bist Du verrückt, da war doch der Hitler. Das war doch ausgeschlossen. (. . .)

Das Bild ist viel eindringlicher, weil es der Versuch ist, Symbole zu schaffen.

Ich will keine Sensationen machen, es ist alles nur ein Versuch, illustrativ zu zeigen, was einem Menschen in der Diktatur passieren kann, damals und heute genauso. Und dann kommt jetzt ein anderes Kapitel, das ist, wenn so ein Gestapo-Mann einem Gefangenen den Strick in die Zelle gegeben hat und hat ihn aufgefordert, er soll sich aufhängen. Das ist tatsächlich passiert mit einem ganz bekannten Dichter, Erich Mühsam, den ich gut gekannt habe. Hier die Verzweiflung von einem Menschen, den man auffordert, sich aufzuhängen. Dann kontrolliert ein Wärter und stellt fest, der hat sich ja gar nicht aufgehängt, und der Henker kommt rein zu ihm. Da sieht er den Henker auf sich zukommen, und dann haben sie ihn aufgehängt. Und bei dem Erich Mühsam haben sie vergessen, die Hände wieder loszubinden, die sie ihm auf den Rücken gebunden hatten. Das ist alles authentisch.

Dubied, die haben gestreikt und brauchen Geld für ihre Streikkasse, und dann haben sie das Plakat genommen und haben das verkauft für 10 Franken pro Stück und haben in den ersten drei Tagen 500 Stück verkauft. Konnt Ihr Euch vorstellen, wie schön das ist, wenn man erlebt, dass das noch gebraucht wird, ein Bild aus den dreissiger Jahren. Ich würde das mit Klebstreifen anmachen, das sind ja Plakate. Das ist mir egal, das ist auch dem Plakat egal, das ist kein Kunstwerk.

Ich bin ein menschlicher Gebrauchsgrafiker und jedermann, der meine Arbeit gebrauchen kann, dem gehört sie. Partei? Ich bin Schüler von der Käthe Kollwitz und versuche soweit wie möglich, die Tradition von dieser Art, das Menschliche und das Soziale, zu sehen, fortzusetzen, und finde das wichtig. Wenn man sich sein Lebtag dafür eingesetzt hat, find' ich das heut noch genauso wichtig, das es weitergehen kann. Schön, ich bin an Jahren nicht mehr der Jüngste, aber solange es geht, bin und bleibe ich ein menschlicher Gebrauchsgrafiker. Die Tagespolitik sollen andere machen.

An einer Ausstellung

Das ist jetzt neu gedruckt, weist Du, im letzten Jahr: Das war gemacht für

Ich habe zeichnen gelernt, bei der Kollwitz und bei dem Ötlik. Das war etwas ganz Grossartiges. Die haben mir gesagt, hören Sie, Sie müssen gar nicht da im Atelier sitzen, gehen Sie raus auf die Strasse und zeichnen Sie da und kommen Sie mit Ihren Arbeiten her und ich werd' das korrigieren. Das hat sie immer getan, durch das hab' ich gelernt, Fehler zu vermeiden, die ich gemacht zur. Und dann hatte ich einen sehr guten, aber

harten Lehrmeister, das war der Jonny Heartfield, der hat einem nichts durchgehen lassen, das war ein Hundesohn. Er hat gesagt, das sollen so, wie nennt man das, Falten sein von einem Arbeiter. Das muss man spüren überall, überall muss das Klassenbewusstsein herauskommen. Auch in einer Hose, an den Falten am Arsch, das muss man sehen, das ist ein Prolet. So hat er mit mir geredet. Gib Dir doch mal Mühe, schau Dir doch das

Die «Wirtschaftswochen» der Holderbank AG und der Ernst-Schmidheiny-Stiftung

«Kleine Manager» – im grossen Stil

Nicht nur mit Zement, sondern auch mit der «Förderung des Interesses in der schweizerischen Bevölkerung, insbesondere bei der Jugend, für die wirtschaftlichen Zusammenhänge im Rahmen der freiheitlich sozialen Marktwirtschaft», befasst sich das Zement-Unternehmen Holderbank AG. Mit diesem Zweck wurde 1972 nach dem Namen des Hauptbesitzers die «Ernst-Schmidheiny-Stiftung» gegründet, die sogenannte «Wirtschaftswochen» an Unternehmenskader und Mit-

telschüler vermittelt. 1976 haben 60 Klassen an 21 Gymnasien und Lehrerseminarien in der deutschen Schweiz an «Wirtschaftswochen» teilgenommen, die von der Stiftung mitfinanziert wurden. In der Beilage «Bildungsarbeit der «Gewerkschaftlichen Rundschau» berichtet Rudolf H. Stamm über die «Unternehmungsspiele» der Schmidheiny-Stiftung. Der «zeitdiens» analysierte das Holderbank-Imperium. Wir haben eine Zusammenfassung beider Artikel erstellt.

Die Wirtschaftswochen sind zweckgebundene Dienstleistungen für den Holderbank-Konzern und auch für dritte Firmen. Die Wirtschaftskennnisse werden vermittelt in einer «Kombination zwischen Planspiel, bei dem die Teilnehmer in der Rolle einer Unternehmensleitung selber handeln, und einer traditionellen Stoffvermittlung zu wirtschafts-

politischen Themen, bei der die Teilnehmer eher als Schüler beteiligt sind. Als Spielleiter und Stoffvermittler wirken mittlere Kader – meist Betriebswirtschaftler oder gelegentlich auch kaufmännische Angestellte aus der Holderbank-Gruppe –, die für eine Woche freigestellt werden. Zunehmend werden auch Manager aus andern Firmen beigezogen und

speziell dafür während einwöchigen Kursen vorbereitet.

Die Holderbank-Management und Beratung AG (HMB), Tochtergesellschaft der oben erwähnten Holderbank Financière AG (vgl. Kasten), verkauft das Programm der «elementaren Betriebswirtschaftslehre». Firmen schicken auf ihre Kosten oft die ganzen Betriebs- und Arbeiterkommissionen in die Kurse der HMB. Ein Holderbank-Mann nannte das Ziel: «... damit Betriebskommission und Geschäftsleitung bei den Sozialpartner-Gesprächen die gleiche Sprache sprechen.»

Die Druckereien Bucher-Luzern, Ringier-Zoffingen haben erst kürzlich solche einwöchige Kurse für ihre Betriebskommissionen «gemietet». Sie gaben 600 bis 1000 Franken pro Teilnehmer eines Wochenkurses aus. Ein Kurs kostet ca. 15 000 bis 20 000 Franken. Für Kaderleute und auch für Mittelschulen gibt es ein anderes etwas komplizierteres Programm, das MIG (Marketing Information Game = Werbung und Absatz-Informationsspiel).

Nur Holderbank-Lehrer erwünscht

«Es gehört zur Konzeption der Ernst-Schmidheiny-Stiftung, dass in Schulen und Kursen die Lehrer oder Kursleiter nicht am Spiel mit den Schülern oder gewöhnlichen Teilnehmern mitmachen. In den Mittelschulen fördern sie eine ausdrückliche Abkapselung der Lehrer. Wünschen diese dennoch eine Teilnahme, werden sie von den Schülern getrennt unterrichtet und spielen das Computer-Spiel als eigene Unternehmung in einem getrennten Markt.» In der Jugendakademie (Schloss Wartensee, Rorschacherberg) drohte der Ausbildungsleiter der HMB mit dem Rückzug, wenn die Jugendakademie-Kursleiter nicht als getrennte Unternehmung auftreten würde. Diese konnte dann wenigstens an den Unterrichtsstunden im Plenum da-

bei-sein. Hingegen konnten die Fachlehrer der Holderbank auch bei den Gruppenarbeiten Einfluss nehmen.

Scheinfürmen wurden zuerst vom Schweizer Kaufmännischen Verein als amüsantes und praktisches Übungs- und Schulungsmittel für die kaufmännischen Lehrlinge eingerichtet. Nun sind sie durch die HBM zu einem wichtigen, attraktiven «Lehrmittel» in diesen von der Zementindustrie finanzierten Kursen geworden. Der ganze Produktions- und Verkaufsverlauf einer solchen Firma wird spielmässig nachvollzogen. Die Resultate werden durch einen Computer der befreundeten Firma Wild, Heer-

brugg, ausgewertet und dann den Teilnehmern ausgehändigt. «Entscheide» müssen gefällt werden, und am Schluss der Schulungswoche erfolgt eine Gesamtauswertung.

Im Mittelpunkt steht natürlich das einzige und ewige Unternehmungsziel: Maximierung des Gewinns. In der Stoffvermittlung wird neben der nur vom Unternehmerrstandpunkt aus dargestellten Betriebsführung noch der Gewinn «im System der sozialen Marktwirtschaft» begründet. Rückfragen und Ausserungen des Zweifels werden kaum berücksichtigt, da die ca. vier Fachlehrer, die wech-

Fortsetzung auf Seite 6

Wir spielen «Unternehmer» . . .

Je 3 bis 5 Teilnehmer spielen zusammen die Geschäftsleitung einer Unternehmung, die elektrische Zahnbürsten produziert und vermarktet (ELDENT AG).

In einem Markt konkurrieren sich 3 Unternehmungen mit gleicher Ausgangslage und zunächst gleichem Marktanteil von je 33 1/2 Prozent. Wenn mehr als 3 Gruppen vorhanden sind, werden mehrere solcher Märkte gespielt. Die Teilnehmer fallen jeden Tag die nötigen Entscheide eines Geschäftsjahres. Während einer Woche werden 5 bis 6 Entscheide gefällt, also 5 bis 6 Geschäftsjahre durchgespielt. Beim (vereinfachten) Planspiel des ELBEWI sind es 10 Entscheidungsfaktoren (Verkaufspreis, Produktionszahl, Werbebudget, Vertreterzahl, Verkauf, Löhne, Ausbildungskosten und Forschungskosten, Sozialaufwendungen, Dividendenausüttungen, Wertpapierkäufe), beim MIG sind es mehr als doppelt so viele.

Die Resultate werden bis zum nächsten Tag in einem Computer (meist wird derjenige bei Wild Heerbrugg AG verwendet) ausgewertet und in Form einer vollständigen Jahresabrechnung (mit Lagerbilanz, Erfolgsrechnung, Schlussbilanz) der betreffenden Geschäftsleitung ausgehändigt.

Die Entscheide für das nächste Geschäftsjahr werden daraufhin auf Grund der Computerresultate und allgemeiner konjunktureller Lagerberichte gefällt. Das Computerprogramm ist den Geschäftsleitungen (das heisst den Teilnehmern) nicht bekannt, aber sie können nach 2 oder 3 Entscheiden einige Reaktionsmuster des Marktes aus den Resultaten «erfühlen».

Am Schluss der Woche erfolgt eine Gesamtauswertung, indem die Teilnehmer Grafiken über Geschäftsverläufe, Produktionsziffern usw. erstellen und diese im Plenum präsentieren. Während der Woche jedoch bleiben die Entscheide und Computerresultate der einzelnen Unternehmungen geheim und werden nur den betreffenden Geschäftsleitungen bekanntgegeben.

Die konjunkturellen und volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind im Computerprogramm eingebaut. Das Spiel beginnt mit einer Aufschwungphase (1972) und lässt den Markt nach 3 Geschäftsjahren (das heisst nach 3 Entscheidungstagen) in eine Rezession fallen, was die Unternehmensleitungen, die stark expandiert haben, zu Schrupfungsprogrammen mit Entlassungen, Lohnkürzungen, Wertpapierverkäufen zwingt, um die Liquidität (flüssige Mittel) und Rentabilität des Unternehmens zu erhalten (diese gehören zu den Unternehmenszielen).

Unser Strauss



Jetzt als Plakat!

Im Januar dieses Jahres haben wir unseren geschätzten Lesern «Unsern Strauss» überreicht. Ein kleines politisches Blumenbukett. Wir freuen uns, diesen Frühlingssegnen nun als Plakat (Format A3) anbieten zu können, als Zierde jeden Aborts oder noch schönerer Orte. Für biologisch-politische Laien ist eine genaue Beschreibung jedes Pflanzchens angegeben (lateinisch-deutsch). (Preis 2 Fr. in Briefmarken.)

Ein Muss für den fortschrittlichen Haushalt. Bestellalon auf Seite 6!

«Kleine Manager» ...

Fortsetzung von Seite 5

seitsseitig die Unterrichtslektionen halten, unter erheblichem Zeitdruck stehen. Die Kursteilnehmer werden total in das «Geschäftsleben» einbezogen. «Während der Pausen, Mittagessen, Freizeit drehen sich die meisten Diskussionen zwischen den Teilnehmern um das Unternehmensspiel, um Bilanzen, Zahlen, Entschiede, und kaum mehr um zwischenmenschliche und freundschaftliche Beziehungen.»

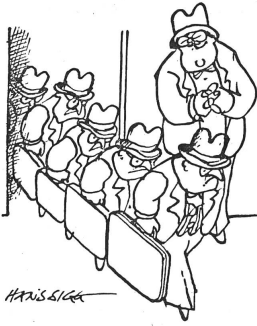
Eine gruppendynamische Auswertung wird nicht vorgenommen. Konflikte sollen auf rein sachbezogener Ebene bleiben; Gefühle, Ängste, Abhängigkeiten werden, ausgenommen in der ersten Stunde der Wirtschaftswoche, während des ganzen Verlaufs ausgeklammert. Rudolf Strahm «Dieses Zurückdrängen der Beziehungsebene und Hervorhebung der Sachebene ist natürlich ein realistisch Abbild der betrieblichen Wirklichkeit, und insofern nützlich!»

«Wirtschaft» aus Unternehmensicht

Angepriesen wird das Lehrprogramm als allgemeiner Wirtschaftsunterricht; doch dann wird alles aus einseitiger betriebswirtschaftlicher Optik behandelt. «Der Teilnehmer erfährt die Volkswirtschaft so, wie sie den mittleren Managern, die als Fachlehrer wirken, erscheint: Die Massnahmen des Staates (Steuern, Umweltvorschriften, Sozialgesetzgebung, Kreditbremsen) erscheinen als auf die Unternehmung einwirkende Zwänge des Staates, als betriebsfremde Entschiede, denen man sich als Manager zu unterziehen hat. Die ganze Wirtschaft erscheint als wirres Netz von Sachzwängen, aus denen sich die geplagte Unternehmung zur Rentabilität freistampeln muss.»

Es gibt Stunden über Werbung und Marketing, in denen über Konsumerschutz kein Wort gesagt wird. Zielkon-

WIRTSCHAFTS- WOCHEN



flikte zwischen individuellen und sozialen Bedürfnissen werden nirgends erwähnt. Über versteckte Gewinne in der Bilanz schweigt man sich aus oder bestreitet sie glatt. Der Begriff der Sozialkosten existiert nicht, weder im Spiel noch im Unterricht. Steuern sind positive soziale Leistungen der Unternehmer. Immer wird nur von kleinen Wirtschaftsbetrieben gesprochen, und so werden in den Spielen kleinere Fabriken als Modell genommen. Nie aber wird über Mehrbetriebsunternehmungen, Multikonzerne, Monopole und Kartelle etwas gesagt. Die Macht, die diese ausüben, spielt in diesem Unterricht überhaupt keine Rolle oder wird entsprechend herrschenden Kapitalvorstellungen dargestellt.

Dass die Unternehmer bei gleichbleibender oder gar sinkender Arbeiterzahl höhere Produktivität und damit auch Gewinne erreichen, wird als selbstver-

ständlich erachtet. Darauf reagiert kein Computer. Also Menschenschinderei wird vom Programm her nicht begrenzt. Die Inflation wird als «Missverhältnis zwischen Geldmenge und Gütermenge» erklärt. Als mitschuldig gelten aber in der Arbeitsunterlage an erster Stelle «Arbeitszeitverkürzungen», die nicht durch entsprechende Produktivitätssteigerungen ausgeglichen werden können. Selbstverständlich heissen in den Schulmaterialien die Arbeiter «Mitarbeiter». Abhängigkeiten werden als Zusammengehörigkeit definiert. Der Gewinn wird mit den alten Klamotten von Risiko und Verantwortung begründet.

«Miniausgaben eines klein- ängstlichen Unternehmers

«Die Fachlehrer geben sich jovial und freundschaftlich; sie erscheinen im Kurs

Die im Spiel stehenden Unternehmungen

Die Holderbank/Management und Beratung AG, Holderbank (HMB) ist eine Tochtergesellschaft der Holderbank/Financière AG, Glarus, und wurde 1970 mit einem Aktienkapital von 1 Million Franken gegründet. Sie befasst sich als Ingenieurberatungs-, Forschungs- und Ausbildungsfirma unter anderem auch mit der Entwicklung (respektive Übernahme und Anpassung) von fallstudienorientierten Bildungsprogrammen, die kommerziell an andere Firmen verkauft und der Ernst-Schmidheiny-Stiftung zur Verfügung gestellt werden.

Die Ernst-Schmidheiny-Stiftung wurde im Mai 1972 aus Anlass des siebenzigsten Geburtstags von Dr. h. c. Ernst Schmidheiny gegründet mit folgendem Zweck: «Förderung des Interesses und Verständnisses in der schweizerischen Öffentlichkeit, insbesondere auch bei der Jugend, für die wirtschaftlichen Zusammenhänge im Rahmen der freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft.» Die Stiftung stellt eine speziell für Mittel-

schulen konzipierte Wirtschaftsbildungswoche gratis zur Verfügung, wobei sie das Unternehmungsbeispiel von der HMB übernimmt und sich organisatorisch an diese lehnt. Ihr Ausgabenbudget beträgt jährlich rund 100 000 Fr. Ehrenpräsident der Stiftung ist Dr. h. c. Ernst Schmidheiny, Präsident ist Dr. A. E. Schräfl.

Seit ihrer Gründung wird die Ernst-Schmidheiny-Stiftung in zunehmendem Mass von Mittelschulen in Anspruch genommen. Allein 1976 haben rund 60 Klassen an 21 Gymnasien und Lehrerseminaren in der deutschen Schweiz an diesen Wirtschaftswochen teilgenommen. Für Organisation und Patronat wird jeweils der örtliche Handels- und Industrieverein oder die Kantonale Handelskammer eingespannt, während die Ernst-Schmidheiny-Stiftung Kurskonzeption, die Fachlehrer und das Managementspiel unentgeltlich zur Verfügung stellt.

ohne Krawatte und vereinzelt mit Jeans und Zoccholi, sichtlich bemüht, den Abstand zu den Kursteilnehmern zu vermindern. Sie sprechen diese mit Vornamen an und verstehen es, sich – etwa im Vergleich zu den Mittelschullehrern – wenig autoritär und vertrauensverwekchend zu geben. Ihre didaktischen und rhetorischen Fähigkeiten sind unterschiedlich, zuweilen sogar dürftig. Der programmierte Unterricht und das eindegott programmierte Computer-Plan- spiel der Wirtschaftswochen sind aber so konzipiert, dass selbst bei didaktischer Ungeschicklichkeit der Fachlehrer nicht viel schiefgehen kann, insofern sind die Fachlehrer leicht austauschbar, und jeder Betriebsmanager kann im Prinzip je nach Verfügbarkeit eingesetzt werden. Subjektiv sind die Fachlehrer ehrlich und weitgehend überzeugt von dem, was sie erzählen. Ihre Fähigkeit zur gesellschaftlichen Gesamtschau ist etwa auf jenen Horizont begrenzt, den Absolventen der St.-Galler Hochschule oder HWV Zürich von ihrer technokratischen Ausbildung her mitbringen. Bei kritischen Rückfragen sind sie oft hilflos und ängstlich. Ihre Antworten sind dann dogmatisch und gereizt. Das unternehmerzentrierte Wirtschaftsbild, «ohne Unternehmer gibt es keine Arbeit, die Wirtschaft ist für den Reichtum verantwortlich» – das ist ihr Credo.

«Die Wirtschaftswochen der Schmidheiny-Stiftung sind eine eindeutige Manipulation. Die Bildungsinhalte und vor allem die vermittelte Sicht der Wirtschaft bringen nicht staatsbürgerlich verantwortliche und eigenständige Leute hervor, sie wecken keine emanzipierten Menschen, sondern sie modeln Miniausgaben eines klein- ängstlichen Unternehmers, der verängstigt ist von der Krise, von Staatsingriffen, von Systemveränderungen und der jede Kritik am System persönlich auffasst. Die Wirtschaftswochen à la Schmidheiny-Stiftung wirken nicht in Richtung Abbau von Ängsten in wirtschaftspolitischen Fragen, sondern eher demobilisierend und lähmend vor der Übermacht der (vermeintlichen) Sachzwänge.»

ROTE PERSPEKTIVEN



Der Marxistische Studentenverband (MSV) ist die einzige unpolitische Organisation, die ein Studentenmagazin herausgibt, in dem neben Artikeln zur Theorie, zur Kultur usw. auch bildungspolitische Probleme zur Sprache kommen.

Soeben erschienen: «Rote Perspektiven» Nr. 6 (Mai)

Aus dem Inhalt:
- Perspektiven der organisierten Studentenbewegung in Zürich
- Stalinismus-Diskussion in der PdA
- Jugendfestival 78 in Kuba u. a. m.
(Erhältlich am Uni-Kiosk für 1.50 Fr.)

Ich abonniere die «ROTEN PERSPEKTIVEN» für 1 Jahr (4 Nummern) zum Preis von 8 Fr. (inklusive Versandkosten).

Name:

Str./Nr.

PLZ, Ort

Einsenden an: MSV, Postfach 232, 8042 Zürich



Übernehme jegliche **Schreibarbeiten**

vor allem **Dissertationen** zu günstigem Preis.

Sich melden bei: Esther Santschi Postfach 763, 8021 Zürich

Sie suchen in Zürich **möbl. Zimmer** oder **möbl. Wohnung?**

Rufen Sie uns an, wir können Ihnen bestimmt verschiedene interessante Angebote unterbreiten. Keine Gebühren!

devo Verwaltung AG, 8038 Zürich Tdistr. 48, Tel. 202.73.11

Erfahrene Korrektorin/Sekretärin redigiert, korrigiert und stellt Reinschriften und druckfertige Offsetvorlagen her (IBM-Kugelschreiber) von **Dissertationen, Publikationen, Manuskripten** usw.

Mehrjährige Erfahrung mit wissenschaftlichen Texten, exaktes Arbeiten; sorgfältige, vor- schriftsgemässe Ausführung. Liselotte Wildi, Tel. (01) 825 02 65.

Bestellcoupon für «das konzept» – Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel	Preis	Porto + Verpackung	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-77	ungebunden	6.—	-70 6.70
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-77	mit Spiralbindung	10.—	-70 10.70
.....	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, starkes Papier,	gefalzt	3.50	-70 4.20
.....	Schulspiel (ab 5 Stück 3.—)	ungefalzt, in Rolle	3.50	2.— 5.50
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, A 2, starkes Papier	gefalzt	1.50	-70 2.20
.....	Arbeitslos-Spiel (ab 5 Stück 1.—)	ungefalzt in Rolle	1.50	2.— 3.50
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung		1.—	-40 1.40
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»		1.—	-40 1.40
.....	Sonderdruck «Armeen»		1.—	-40 1.40
.....	Sonderdruck «Frauenbewegung heute»		1.—	-40 1.40
.....	Ärzte- und Pillenliste (adressiertes und frankiertes Antwortcouvert belegen!)	gratis		
.....	«das konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang		10.—	2.— 12.—
.....	Poster «Unser Strauss» (aus Nr. 1/78)	ungefalzt in Rolle	2.—	2.— 4.—
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	gefalzt	2.—	-40 2.40
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	ungefalzt in Rolle	2.—	2.— 4.—
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» (aus Nr. 4/78)	gefalzt	2.—	-40 2.40
.....	Mai-Zitig (gemeinsame Zeitung zum 1. Mai vom «zeitdienst» und «dem konzept»)		2.—	— 2.—
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» (aus Nr. 1/78) (Zum Auflegen+Verteilen)		gratis	

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

Zahlungsmodus *Zutreffendes ankreuzen

- Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-37626, «das konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei*
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei.*

Name, Adresse

Unsere Abonnenten sind unsere Stärke. Könnten Sie nicht auch etwas für unsere Stärkung tun? Na also... Und: besten Dank!

Wir bieten Ihnen sofort eine gut bezahlte Stelle an

Temporär-Arbeit

Können Sie Maschine schreiben? Haben Sie Buchhaltungkenntnisse? Für Einsätze von einer oder mehreren Wochen

Besuchen Sie uns MILITÄRSTR. 36 - ZÜRICH - TEL. 242 59 50



COPY-CORNER

FOTOKOPIEN UND DRUCKSERVICE

Seilergraben 41 Tel. 01/32 49 34

8001 Zürich PC 80-27780

Öffnungszeiten

Mo-Fr 08.30-18.30 / Sa 10.00-13.00

Fotokopien	Normal	20 Rp.	Verkleinerung	30 Rp.
	mit Legi	15 Rp.	mit Legi	25 Rp.

Schnelldruck	(ab einer Vorlage)	1-seitig	2-seitig
	30 Ex.	4.50	9.—
	50 Ex.	5.50	10.50
	100 Ex.	7.50	14.50
	200 Ex.	15.—	28.—
	300 Ex.	21.—	38.—
	350 Ex.	23.—	42.—
	400 Ex.	25.50	44.50
	500 Ex.	28.—	52.—
	1000 Ex.	40.—	73.—

Reinschriften

Dissertationdruck

Argentinien 1978: Fussball-Weltmeisterschaften in der Militärdiktatur

Die Generäle bitten zum Spiel

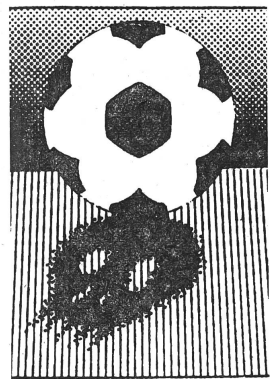
Von Hilmar Stettler, Arbeitsgruppe 3. Welt, Bern

Die diesjährige Fussballweltmeisterschaft in Argentinien ist nicht unbestritten. Vor dem Hintergrund einer blutigen Militärdiktatur wird um den gesellschaftlichen Stellenwert des Fussballs gestritten.

stars, soll die Hoffnung hegen, als Fussballprofessional einmal zu sonst unerreichbarem gesellschaftlichem Ansehen und Reichtum zu gelangen.

Was sich zuerst einmal als Freude am Fussball darstellt, entpuppt sich als Teil einer sozialen Institution, welche herrschende Ordnung reproduziert.

Blättern wir ein bisschen zurück in der Fussballgeschichte. Zur Zeit des europäischen Faschismus finden wir interessante Beispiele für die politische Ausbeutung des Sports.



sierung des damaligen Spitzensports kann von einer vermeintlich neutralen Sportideologie nicht verhindert werden.

Und heute: Auch die Generäle in Buenos Aires ziehen ihre WM als politisches Spektakel auf.

«Die Fussball-WM als sportliches Ereignis ist für uns nur ein Vorwand, um 25 Tage lang der Welt ein Fenster in unser Land zu öffnen. Die WM durchzuführen ist eine politische Entscheidung, die das Ziel hat, das Bild Argentiniens in der Welt zu verändern. Diese Überlegung hat den Vorrang vor denen finanzieller Natur.»

... und als Ersatzreligion

Nicht nur während des europäischen Faschismus, sondern auch in den heutigen Militärdiktaturen der dritten Welt bietet sich der Fussball als ausgezeichnetes Instrument an, die fehlende ökonomische Integration der Massen durch eine soziokulturelle zu ersetzen.

Die Entpolitisierung wird möglich, weil die Ersatzreligion Fussball Wünsche und Hoffnungen der Bevölkerung zu nächst einmal anspricht.

Zu den traditionellen Identifikationsmustern ist der Starkult zu zählen. Die Schaffung von Idolen, einzelnen Super-



von Günter Netzer: «Es wird dort am besten Fussball gespielt, wo die Leute hungrig sind.»

Das Geschäft mit dem Fussball

Doch Fussball findet nicht nur als Massenkultur statt. Woran so viele Leute interessiert sind, das lässt sich bestens kommerzialisieren.



Dabei geht es darum, die Ware Fussball möglichst rentabel herzustellen und zu verkaufen. Die Fussballvereine sind die Firmen, welche die Ware Fussball produzieren.

Daneben scheint der technokratische Funktionsstandpunkt, wie ihn etwa die FIFA praktiziert, allzu kurzschichtig. Die FIFA, der Weltfussballverband, ist z. B. für die Organisation der Weltmeisterschaften lediglich zuständig.

Die illusionäre Fussballwelt

Spitzenleistungen des Fussballs werden durch Massenmedien und Werbung

Fortsetzung auf Seite 8

sche Ideologie vereinnahmen. Diese treibt mit instrumentalisierten Menschenmassen politische Propaganda.

Fussball im Dienste des Faschismus ...

Nehmen wir die Fussball-WM in Italien 1934. Diktator Mussolini und dessen WM-Organisationskomitee wollen nichts anderes zeigen, als dass «faschistischer Sport durch das Verantwortungsgefühl seiner Führer und die Reife seiner Zuschauerermenge die faschistischen Ideale in höchster Qualität verkörpert».

Vier Jahre später in Paris wird Grossdeutschland es den Italienern politisch und sportlich nachmachen. Doch auch die Unterstützung von 60 Millionen Deutschen reicht nur bis zu den Achtelfinals, dann werden sie von den damals noch wackeren Eidgenossen aus dem Rennen geworfen. Diese Instrumental-

Stadien und die Massenmedien, die Kunden die Fussballfans, Binnenmarkt ist die nationale Meisterschaft, die stärksten Teilnehmer treten dabei multinational, ganz wenige sogar als Europa- oder Weltmeister auf.

Argentina-Kick
Zur Fussballweltmeisterschaft in Argentinien gibt die AKTION WM 78 eine aktuelles Fussballmagazin heraus, zweifarbig mit 12 Seiten Umfang.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

REIS MIT! gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen. Wie mach' ich's? Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte.

Bist Du 16-18 Jahre alt und hast Lust, als meine Reisepartnerin in den Sommerferien eine 3-Schwinge Englandreise zu unternehmen? ... Ich bin 18 Jahre alt und suche eine gleichaltrige Reisepartnerin, der ich mit Paris kennenlernen möchte. ... Suche Partner(in) für Ferienreisen, Cityflüge und Sportreisen. ... ER, 39, leig, sucht Ferienpartnerin, Juni, Juli od. August.

Mädchen, 28 Jahre, sucht Reisepartnerin mit Interesse und Unternehmungslust für Abenteuerreisen, evtl. Trekking o. a. ... Suche Reisepartner(innen) für längere Afrikareise (min. 1/2 Jahr) ... Junger Mann sucht unkomplizierten männlichen Reisepartner (20-25 J.) für Portugal oder Griechenland (14-78). ... Mein Wunsch wäre es, den Mittelern und Fernen Osten kennenzulernen. ... Wanted! Boy oder Girl, der/die mit mir (Mittelschüler, 17,1/2) durch Frankreich und England reist. ... Wir sind zu dritt (2/2) und suchen ein Mädchen (ca. 18 J.), welches irgendwann zwischen Anfang Juli und Mitte August 78 nach Irland kommt. ... England - Schottland-Trip, 3-4 Wochen im Juli, August. ... Suche Du einen Reisepartner(in)? ... Welches Mädchen hätte Lust, mit mir (23) und 2 weiteren jungen Leuten im Juli für 4 Wochen mit einem grosseren Auto nach Portugal zu kommen? ... Ich (23, weiblich), plane auf Herbst 78, evtl. auf Frühjahr 79, eine 12-tägige Reise ins Mittelmeer-Aufenthalts. ...

treffpunkt Kontaktinserate Adresse für Zuschriften auf Chiffre-Inserate: Chiffre-Nr. «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. Romantischer, sensibler junger Mann (29/167), der die technisierte Welt ablehnt, sucht sehr junges, vielseitig interessantes Mädchen, das nach den wahren Werten zu schätzen weiss. ... BE: Student (24/185), sportlich, sozialkritisch, sucht Partnerin zum Aufbau einer echten Zuneigung und gegenseitigem Verstehen und Vertrauen ... Akademiker (27/168) sucht liebe, intelligente Frau, der auch Strebsamkeit, Natur-u. Nächstenliebe, neues Kennenlernen Freude machen. ...

FLÖHMARKT Kleininserate Psychologinpaar mit viel Selbstverpflichtung bietet anderen Paaren, deren Beziehung in einer Sackgasse steckt, Gespräch und Beratung zum Sozialtarif von 20 Fr. pro Stunde. ... Die billigsten Kontakt- und Kleininserate weit und breit! treffpunkt FLÖHMARKT Kleininserat: 5 Zeilen 10 Fr. Kontaktinserat: 5 Zeilen 15 Fr. (inkl. Chiffregebühr) Zelle à 30 Zeichen) Talon ausfüllen und einleiten an: Inseratenverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, 8006 Zürich. ... Name und Adresse:

Die Generäle bitten zum Spiel

Fortsetzung von Seite 7

vereinnahmt. Das Verbringen der Freizeit wird zum vermarktbaren Konsum von Massenkultur. Dabei darf der Zuschauer keine Langeweile, die ja dem Konsum unterbrechen könnte, zugemutet werden. So schafft das Medium Fernsehen eine neue Fussball-Asthetik. Was im Stadion manchmal etwas eintönig ist, man vielleicht nicht so genau sieht, wird vom Fernsehen perfektioniert. Die Spannung bleibt durch «am Ball sein»

Informationskampagne

Helfen Sie, dass die Schweizer Bevölkerung während der Fussball-Weltmeisterschaften 78 auch über die andere Seite Argentiniens informiert wird! Die unterzeichneten Organisationen wollen mit einer Anzeigenkampagne in der Tagespresse, die durch Spenden finanziert werden soll, die Bevölkerung über die Militärdiktatur und Folter in Argentinien informieren. PC 30 - 15554 Bern, Informationsgruppe WM-Argentinien (IGA) mit Vermerk: WM-Anzeige. IGA Bern, IGA Zürich, Menschenrechtskampagne 78, SKAAL, Grupo latinoamericano.

Grossaufnahmen, Wiederholungen, Zeitlupe und Zusammenschnitte erhalten. Und auch die Werbebranche hat das Geschäft mit den Fussball entdeckt.

Stars, die öfters am Bildschirm erscheinen, lassen sich gut für die verschiedenen Produkte verkaufen. Daneben gibt es einen ganzen Pressezwang, der vom Fussball lebt. Auf die WM hin erscheinen schon seit Wochen wieder die Sportillustrierten und Sportmagazine mit schön herausgeputzten Stars im Vierfarbdruck.

Doch kehren wir nach Argentinien zurück. Wo politisch-propagandistische Entscheide für die WM den Vorrang haben, werden auch die ökonomischen Investitionen nicht mehr nach dem Kriterium der Rentabilität vorgenommen. Da hilft auch der landeseigene Protest konservativer Finanzpolitiker nichts. Was zählt, sind ausserpolitische Imagepflege und innenpolitische Disziplinierung.

Die 700 Mio. US-Dollar, welche Argentinien für die WM ausgibt, werden durch unproduktive Infrastrukturausgaben verschlungen. Grosse Nutzniesser sind dabei die multinationalen Elektronikkonzerne, die ein ganzes System modernster Massenkommunikation erstellen müssen. Die Bevölkerung der hochindustrialisierten Länder soll schliesslich vordemonstriert werden, dass Argentinien Militärdiktatur auch als vollwertiges Mitglied zur abendländischen Zivilisation gehört.

Innenpolitisch wird dieses Ereignis von nationaler Bedeutung zu einer weiteren Disziplinierung der argentinischen Bevölkerung führen. So werden die Einwohnern z. B. nur unter Registrierung der Identität vergeben. Dass zudem die elektronische Überwachung der Stadien nur ein kleiner Teil jenes Sicherheitsaufwands ist, der mit Zehntausenden von

Terror der Militärs

Die Menschenrechtskampagne 78 fordert die Leser auf, eine Protest-Postkarte an den Generalsekretär der FIFA, Herrn Helmut Käser, Aurostr. 60, 8032 Zürich, zu senden: Ich protestiere gegen die Durchführung der Fussball-WM 78 in Argentinien, da die dortige Militärregierung die Weltmeisterschaft dazu missbraucht, ihr internationales Ansehen zu heben.

In Argentinien herrschen Hunger - Elend - Unterdrückung des Volkes. Seit der Machtergreifung der Militärs gab es 25 000 Verschwundene, 10 000 politische Gefangene, 8000 Ermordete und unzählige Folterungen. Man kann nicht zwischen Konzentrationslagern und Folterkammern Fussball spielen!

Armeeangehörigen aufrechterhalten wird, zeigt, dass das Heer sein eigenes Land besetzt hält. Würden wir auch Bilder von diesem Grossereignis farbige ins Haus serviert bekommen, könnte man sich einmal mehr ausmalen, wie konkret 1984 unter Militärdiktatur ist.

Worum es also geht: Fussball ist nicht nur jetzt in Argentinien besonders politisch, Sport ist schon lange zum Geschäft geworden, er ist als soziale Institution den herrschenden Werten unterworfen und funktioniert in seiner Herstellung nach dem Prinzipien kapitalistischer Ökonomie. Gerade deswegen aber ist die Kritik an der politischen Ausbeutung der Fussballweltmeisterschaften durch die argentinische Militärdiktatur nötig.

Vietnam braucht wirtschaftliche Aufbauhilfe. Dies bestätigte sogar die antikomunistische NZZ. Tags darauf aber konterte Eric Mettler von der Auslandsredaktion und stellte fest, dass man einem des-

unter den Verächtern unserer Demokratie. Zu deutsch: Weil die Kritiker viel zu ernst genommen wurden, wurden sie Terroristen. Viel besser wäre gewesen: Tot... schweigen?



potischen Regime nicht «zwingend» helfen müsse. Es sei nicht «aus dem Auge zu verlieren», dass Nordvietnam einen Angriffskrieg geführt und Südvietnam nach dem Abzug der Amerikaner mit Waffen Gewalt besetzt habe. Und so kann man in der Geschichtsklitterung weiterfahren: Eigentlich war es ja Vietnam, welches die friedliebenden USA angegriffen hat und man somit die Aufbauhilfe den zerbombten USA zukommen lassen müsse. Und der Auslandsredaktion der NZZ ein Geschichtsbuch.

Prof. für Philosophie an der Uni Zürich, Hermann Lübbe, entblösst wieder einmal sein Denken: «Endstation Terror» heisst sein neuestes Buch. Für den Farmer-Presedienten hat er ein paar Gedanken daraus zu Satz gebracht. «Es wäre ein Missverständnis des Terrors von erbarmungswürdigem Ausmass, annehmen zu wollen, er hätte sich in der Wurzel vermeiden lassen, wenn man nur diese oder jene Reform zusätzlich noch verwirklicht hätte.» Terroristen sind keine «enttäuschten Reformer», vielmehr «stern sie aus Verachtung heraus». «Diese Verachtung... erklärt sich unter anderem als Folge einer schwerwiegenden öffentlichen Legitimationkonzession an die linken Gebildeten

Lübbes Sprachwindungen, welche in nur die Windungen seines Denkens wiedergeben, wollen Kritik an nicht vorhandener Demokratie als Verachtung der Demokratie ausgeben, als deren Verächtlichmachung. Dabei winden sie sich um den entscheidenden Punkt: Kritik an fehlender Demokratie gründet in Vorstellungen radikaler Demokratie selbst. Oder anders: es entgeht dem Herrn Lübbe, wie die Wort-Terroristen «ihrem» Volk mit einer Phrase: «Demokratie», vor die Köpfe haben. Vielleicht, weil er selber einer ist?

Der Prozess gegen die Soldaten, welche einen Solidaritätsaufruf zugunsten der Streikenden von Matsia AG unterschrieben hatten (vgl. «das konzept» 4/78), hat mit Freisprüchen geendet. Angeklagt waren die drei wegen «Meuterei», doch der Befehl, gegen den sie gemeutert haben sollen, wurde vom Kompaniekommandanten gar nie ausgesprochen. Als Zeuge vorgeladen, gab dieser offen zu, dass er die Untersuchung gegen die drei wegen der Matsia-Solidaritätsaktion angeordnet hatte. Das Gericht hätte gerne diesen Punkt weggelassen. Denn in der Schweiz darf man seine politischen Ansichten frei kundtun.

«das konzept» hat sich in den Nummern 10 und 11/77 auf andere Art mit den Ursachen des Terrorismus befasst («Endlich eine radikale Diskussion über Terrorismus in Gang bringen»). Gegen 3 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion.

DISSERTATIONEN	bei Expl.	DM pro Seite
druckt exzellent	70	3.30
von DIN A4-Vorlage	100	3.45
auf DIN A5-Format	150	3.65
	200	3.85
	300	4.25

BÖNECKE
Lieferung erfolgt jeden Dienstag und Freitag.
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

Frachtverbilligung
Raster billigst!

Angebot anfordern

M-O-S
Offiziersuniformen nach Mass
von der Uniformfabrik F. Müller,
9499 Oberschan SG
Tel. (085) 5 12 40

Jeden Montag Massnahme und Anprobe durch einen Fachmann im
Magi's Jeans Shop,
Weinbergstr. 15, Zürich 1, Tel. (01) 34 94 43.

SSS STUDENTEN SCHREIB-SERVICE

- DISSERTATIONSDRUCK
Als Spezialisten bieten wir fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste **Alles-inklusive-Preise** (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlage, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Binden, administrative Umtriebe).
- REINSCHRIFTEN aller Art

SONNEGGSTR. 26 • 8006 ZÜRICH • ☎ 01 / 32 00 88

TANGER/Marokko - Club-Ferien mit allen Raffinessen

Hier gibt's Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten ohne Grenzen: Segeln, Schwimmen, Tennis, Windsurfing, Velofahren, Reiten, Wasserski, Fussball, Billard... 14tägliche Abfahrten vom 17.6. - 26.8., Fr. 920-980.--, inbegriffen: Flüge, Transfers, Uebernachtungen mit Halbpension, Sportpackage, SSR-Reiseleiter.
Verlang unseren Sonderprospekt!
Tel. 01/242 30 00

SSR-Reisen
Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich
Telefonverkauf: 01/242 31 31

anders als anders
Reisen für junge Leute.



Es war eine Gruppe Philologen mit Schmiss, Auf jeden Biologen gab's eine Miss... Die gingen per Bahn, Schiff und Postcar auf Reise, Bezahlen als Gruppe bescheidene Preise Und reisten behaglich - kein Kompromiss.

Vom 24. April bis 4. Juni 1978 reisen kleine Gruppen (ab 3 Erwachsenen) besonders günstig. Die Regel ist einfach: Die beiden ersten Personen bezahlen den ganzen Fahrpreis für Erwachsene, jede weitere Person erhält 50% Ermässigung. Diese einmalige Vergünstigung der SBB, PTT und der meisten andern Transportunternehmungen gilt für Billette einfacher Fahrt, Retourbillette und Rundfahrtbillette.



und die Schweizerischen Transportunternehmungen
Prospekte an Bahn- und Postschaltern.

SGB-Referendum gegen das Berufsbildungsgesetz

Die Reform durfte nicht stattfinden

Von Matthias Bonert

Am 1. Mai hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), unterstützt von den Linksparteien und einzelnen Studentenschaften, das Referendum gegen das neue Berufsbildungsgesetz ergriffen. Die Interessen der Lehrlinge wurden im Parlament – einmal mehr – übergangen: Das neue Gesetz trägt die Handschrift der Arbeitgeber. Der folgende Artikel zeigt den leidigen Weg des neuen Berufsbildungsgesetzes und sagt, warum man/frau das Referendum unterschreiben muss.

In der Geschichte vom Suppenkaspar wird nicht klar, warum er plötzlich die Kost verweigerte; die Folgen sind indes bekannt: die totale Abmagerung. Ganz anders dagegen liegen die Gründe für die Verweigerung des SGB, diese Suppe Berufsbildungsgesetz (BBG), die vom Bürgertum aller Schattierungen eingebrockt wurde, auszulöffeln. Und umgekehrt auch die Folgen: Das Auslöffen hätte ihm zum Schaden gereicht . . .

Flexibles Rahmengesetz

Das jetzt geltende BBG stammt aus dem Jahr 1963. Als flexibles Rahmengesetz, die kulturelle Höhe der Kantone respektierend, wurde es in all den Jahren nur unwesentlich verändert. «Sein Rahmen ist so weit gesteckt, dass er die Durchführung von Experimenten erlaubt, die wertvolle Erfahrungen abgeben» (Erläuterung zum Vernehmlassungsentwurf, 1975).

Zu diesen «wertvollen Erfahrungen», die gemacht wurden – natürlich von den Arbeitgebern, nicht von den Lehrlingen oder ihrer Vertretung, den Gewerkschaften – gehören z. B. Experimente mit der Anlehre, der Berufsmittelschule (BMS), und den sog. Einführungskursen, von einzelnen Berufsverbänden organisierte Kurse zur Vermittlung beruflichen Grundwissens. Keine schlechte Sache, allerdings eine, die mindestens so im Interesse des Arbeitgebers wie des Lehrlings liegt: Was früher ein einzelner Lehrmeister an grundlegenden Fertigkeiten vermitteln musste, wird in einigen Branchen kollektiv in sog. Einführungskursen geboten.

Änderungen dieses Kalibers waren indessen nicht geeignet, die Attraktivität der Berufsbildung anzuhetzen, auch nicht die immer detailliertere Auffächerung des Angebotes an Berufsabschlüssen (heute um die 270 verschiedene Lehrabschlüsse!). Der Vergleich mit dem Ausland mässige Ausbau der Mittelschulen geht teilweise auf Kosten des potentiellen gewerblichen Nachwuchses. Dies

wurde deutlich in Vernehmlassungen zu Hochschulgesetzen der 60iger und 70iger Jahre, die von Gewerkekreisen stammen, ebenso wie in einer Eingabe des Gewerbeverbandes des Jahres 1970, seinem «Berufsbildungsbericht». In einer solchen Situation wird hierzulande eine Expertenkommission eingesetzt (1969), die drei Jahre später – gut Ding will Weile haben – ihren Bericht abliefern. Der mochte allerdings niemandem gefallen: Der Linken ging er zuwenig weit, der Rechten war er zuwenig konservativ . . .

Konstruktive Vorschläge . . .

1974 ging der SGB in die Offensive: Er veröffentlichte einen vollständigen Gesetzesentwurf zur Berufsbildung, die «Alternative». Sie enthielt eine Reihe längst fälliger Reformen, die alle dem Ziel dienten, die allgemeine und berufliche Qualifikation der Lehrlinge zu sichern in einer Zeit, die an die Ausbildung und Flexibilität/Mobilität der Arbeitskräfte völlig neue Anforderungen stellte; ausserdem kümmerte sich der Vorschlag des SGB um die Rechte der Auszubildenden, Stichwort: Demokratisierung der Lehre.

. . . übergangen

Als 1975 der Vernehmlassungsentwurf des Biga (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) erschien, staunte man/frau nicht schlecht: Die «Alternative» des SGB war praktisch übergangen worden. Der Entwurf trug die kräftige Handschrift der Arbeitgeber. Die Hochschulen hatten – Numerus clausus! – ihren Nimbus etwas eingebüsst, die Rezesion war hereingebrochen, die geburtenstarken Jahrgänge machten sich bemerkbar. Kein Grund mehr für Reformen . . .

Die nächsten Jahre sind nicht nur für die Hochschulen Jahre der Bewährung, sondern vor allem für das Berufsbildungswesen: Es gibt auch hier die quan-



Was das Berufsbildungsgesetz möchte

Zitate aus den Erläuterungen zum Vernehmlassungsentwurf . . .

«Die Zwangslage: Lehrbetrieb und Berufsschule müssen in ihren Belangen und Forderungen aufeinander Rücksicht nehmen und zu einer für beide Teile tragbaren Lösung gelangen, die Gewähr bietet, dass einerseits die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Berufsverbände erhalten bleibt und andererseits die Jugendlichen noch vermehrt ermuntert werden, die Berufslehre als gleichwertige Alternative zu andern Bildungswegen zu wählen.» (5)

«Die Beschäftigung des Lehrlings mit Akkordarbeit hat sich bisher, sofern sie ein gewisses Mass nicht übersteigt, nicht als nachteilig erwiesen.» (6)
«Segnungen der Anlehre: Die grundlegende Einarbeitung der Angeleiteten muss nach wie vor Sache der Betriebe sein. Hingegen soll die Weiterbildung der Angeleiteten vermehrt und systematisch gefördert werden, damit sie in den Betrieben möglichst zweckmässig eingesetzt werden und gelernte Berufsleute von gewissen Arbeiten entlasten können.»

«Warum keine finanziellen Gesuche für die Förderung der Anlehre gestellt wurden: «Der Grund dürfte darin liegen, dass vor allem in der Maschinen- und Metallindustrie grosse Betriebe die Angeleiteten in eigenen Anlehwerkstätten in ihre Tätigkeit einführen. Ausserdem fanden in den Jahren der Hochkonjunktur angeleitete Arbeitskräfte ohne Schwierigkeiten eine ihnen zussagende Beschäftigung.» (9)

«Die einzelnen Anlehen weisen eine ausserordentliche Mannigfaltigkeit auf. Sie wechseln nicht nur von «Beruf» zu «Beruf», sondern auch von Betrieb zu Betrieb.» (9) «Für die Regelung der Anlehre spricht auch der Umstand, dass im Gefolge einer veränderten Wirtschaftslage möglicherweise weniger Lehrstellen zur Verfügung stehen werden.» (10)

. . . und aus der Botschaft des Bundesrates

«Im Jahre 1968 wurden die ersten Berufsmittelschulen errichtet. Diese vermitteln im Rahmen eines zweiten wöchentlichen Schultages geeigneten Lehrlingen und Lehrtochtern als Ergänzung zum Pflichtunterricht an gewerblichen Berufsschulen usw. eine breitere, der beruflichen und persönlichen Entwicklung dienende Bildung, die auch den Zugang zu anspruchsvolleren Bildungsgängen öffnet.» (5)

«Die Kantone sind verpflichtet, das Obligatorium des Turn- und Sportunterrichts spätestens auf Beginn des Schuljahres 1986 zu verwirklichen.» (6)

«Die Verbände der Arbeitgeber betrachten den Entwurf als vernünftig und praxisnah, melden jedoch Bedenken an gegen die vorgesehene Regelung der Anlehre und gegen neue Massnahmen, von denen sie annehmen, dass die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe vermindern könnten» (gemeint: obligatorische Lehrmeisterausbildung). (11)

«Die Spitzenverbände machen darauf aufmerksam, dass es im Wesen der Anlehre liegt, dass Dauer und Ausbildungsinhalt nicht reglementiert werden könnten, weil sie von Firma zu Firma, oft sogar von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz unterschiedlich seien.»

«Insbesondere die Industrie, z. T. aber auch das Gewerbe und einzelne Dienstleistungsberufe sind auf angeleitete Arbeitskräfte angewiesen, deren Dienste im komplizierten Räderwerk unserer Wirtschaft unentbehrlich sind. Es muss damit gerechnet werden, dass im Zuge des Abbaus der ausländischen Arbeitskräfte und angesichts der strukturellen Schwierigkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen vermehrt Angeleitete benötigt werden.» (37)

titativen Probleme: Ohne die Lehrlingsquote eines Jahrgangs zu erhöhen, werden nach Berechnungen des Wissenschaftsrates im Rahmen des 3. Ausbauberichts 15 000–20 000 zusätzliche Lehrstellen benötigt – der Zentralvorstand der Arbeitgeber rechnet mit 14 000. Dies sind Globalziffern, die nichts über den regionalen und strukturellen Bedarf ausagen. Kommen nun noch zusätzliche



Anwärter aus den Mittelschulen dazu – «drop outs», die den Druck nicht mehr aushalten; Maturifae, die nicht an die Uni wollen. Numerus-clausus-Abgewiesene – dann wird die Lage für die Lehrstellenanwärter noch prekärer: Sie drohen verdrängt zu werden, zumindest die formal schlechter Qualifizierten sowie die Mädchen und Ausländerkinder. – «Man kann die Lehrlinge jetzt wieder

Fortsetzung auf Seite 10

Anzeige

Hier können Sie etwas tun für die Zukunft unserer Lehtöchter und Lehrlinge:

Zu Bern ist ein minimales Berufsbildungsgesetz ausgebrütet und erst noch tüchtig gerupft worden. Bereits im kommenden Sommer wird es in Kraft treten – wenn wir jetzt nicht «halt» sagen.

Neu an diesem «neuen» Gesetz ist eigentlich nur, dass alles beim alten bleiben soll:

- also keine bessere Bildung und Ausbildung, die unseren Lehrlingen mehr Möglichkeiten im späteren Berufsleben öffnen würden,
- also kein Ausbau des Unterrichts an den Berufsschulen; die Allgemeinbildung kommt weiterhin zu kurz,
- also keine strengere Kontrolle der Lehrbetriebe.

Dafür soll fortan neben der richtigen Lehre auch die berufliche Schnellleiche, die Anlehre, amtlich beglaubigt werden. Alles ist darauf angelegt, aus jungen Menschen möglichst schnell billige Arbeitstiere zu machen. Die Folge: Gelernte können gegen Angeleitete ausgespielt werden: Ein ideales Instrument also für rückständige Unternehmer, um die Lohnkosten zu drücken.

Dieses Gesetz ist nicht für, sondern gegen die Jugend.

Das ist kurzfristig. Schliesslich baut die Schweizer Industrie auf den guten Ruf der Schweizer Arbeit – und die kann nur von gut ausgebildeten Berufsleuten geleistet werden. Das war in der Vergangenheit so – und wird

GE GEN KURZ SICHTIGE LEHRLINGSPOLITIK

auch in Zukunft so bleiben. Mit halbhartiger Arbeit kommt man im internationalen Wettbewerb nicht weit – mit einem halbhartigen Gesetz ebenfalls nicht. Eine gute Berufsbildung ist deshalb die beste Garantie für einen sicheren Arbeitsplatz und einen anständigen Lohn.

Bitte tun Sie hier und jetzt etwas für die Zukunft unserer werktätigen Jugend. Weisen Sie das drohende Berufsbildungsgesetz zurück! Verlangen Sie eine bessere Lösung! Mit Ihrer Unterschrift auf diesem Bogen. Wir danken Ihnen.

Den akademischen Nachwuchs fördern die studierten Ratsherren zu Bern immer wieder. Dagegen ist nichts einzuwenden. Auch wir sind für fortschrittliche Hochschulgesetze. Aber es ist an der Zeit, dass man auch einmal an die Zukunft der 150 000 Lehrlinge und Lehtöchter denkt! Auch für sie ist nur eine wirklich gute Ausbildung gut genug.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund

PS.: Damit das Referendum gegen dieses drohende Berufsbildungsgesetz zustande kommt, müssen die Unterschriften von 50 000 Stimmberechtigten in drei Monaten auf der Bundeskanzlei deponiert werden.

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 19. April 1978 über die Berufsbildung (Lehrlingsgesetz)

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 89 der Bundesverfassung und gemäss Bundesgesetz vom 17. Juni 1874 betreffend Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, dass das Bundesgesetz vom 19. April 1978 über die Berufsbildung der Volksabstimmung unterbreitet werde. Auf diesem Bogen können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in obgenannter politischer Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützen will, hat dasselbe eigenhändig zu unterzeichnen. Wer eine andere Unterschrift als die seinige beisetzt, macht sich strafbar (Art. 282 Strafgesetzbuch)

Name und Vorname (eigenhändig und deutlich schreiben)	Jahrgang	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Kontrolle (vor lesen)
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die obigen Unterzeichner des Referendums in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in hiesiger Gemeinde ausüben.

Ort: (Stempel) Datum Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtl. Eigenschaft)

Ganz oder teilweise ausgefüllte Unterschriftenbogen sind sofort und laufend einzusenden an: Das zuständige kantonale Gewerkschaftskartell oder den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, Postfach 64, 3000 Bern 23, Telefon (031) 45 56 66.

Das zuständige kantonale Gewerkschaftskartell oder der Schweizerische Gewerkschaftsbund werden für die Bescheinigung der Unterschriften besorgt sein.

Letzte Frist: 12. Juli 1978

Fortsetzung von Seite 9 auslesen», stellen die Lehrmeister zufrieden fest...

Keine Reform

Das neue Berufsbildungsgesetz greift hier vornehmlich ein (es seien hier nur einige Punkte aufgeführt, die besonders stossend sind): Nicht nur verbessert es die Kontrolle der Lehrbetriebe...

Fazit: Die Reform und Demokratisierung der Berufsbildung dürfte nicht stattfinden. Der Schritt des SGB, der als einziger objektiv die Interessen der Berufsbildungsjugend wahr...

Der Stift

Ein Exkurs für Studierende

Ein Stift verbringt nach heutiger Regelung 1/3 seiner Ausbildungszeit an seiner Lehrstelle, d. h. an einem Ort, der der öffentlichen Kontrolle de facto entzogen ist...

1/3 der Zeit verbringt er in der Schule; sie ist öffentlich, die allgemeinbildenden Fächer nehmen wenig Raum ein. Dabei ist das die letzte Gelegenheit für den Grossteil der Schweizer Jugend...

Noch eine Bemerkung zur «Sie»: Von den Mädchen machen nur zirka 34 Prozent eine (für den Rest, der kleinere, die Mittelschule, der grössere Anlehre oder so)...



Hans Sigg

malen, weil notwendige Ausbildung einerseits, des Kaderauszugs andererseits. Die obligatorische Lehrmeisterausbildung, ohnehin eine fragwürdige Sache...

Gemeinsam gegen Abbau im Bildungswesen

In nächster Zeit stehen in der Schweiz wichtige bildungspolitische Entscheidungen an. Einerseits das neue Hochschulförderungs- und Forschungsgesetz (HFG)...

Berufslehre, Durchlässigkeit des Bildungssystems, Chancengleichheit sind für die Jugendkommission des SGB und dem Verband der Schweizerischen Studentenschaften Grundforderungen.

Jugendkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS)

Berufsspezifische Arbeitslosenquoten 1977

Table with 2 columns: Beruf (e.g., Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte) and Arbeitslosenquote (e.g., 0,08%, 0,10%, 0,20%).

Neue Publikationen in der VSS-Dokumentationsreihe: Universitätsgesetz III von David Gerber, Das Stipendienwesen IV von Urs Hänseberger...

das konzept Tip

«So Lüt wie anger»

Nach seiner ersten LP «Das schysyt mi» bringt der Burghorfer Liedermacher Martin Heinger bereits seine zweite Aufnahme heraus...

SSR-Seminar

Für Leute, welche sich interessieren, nach Lateinamerika oder in den Fernen Osten zu reisen, veranstaltet der SSR zwei Seminare...

4. Folk-Festival Bachtel

Das 4. Folk- und Blues-Festival uf em Bachtel (bei Wetzikon ZH) findet dieses Jahr am 10./11. Juni statt. Neben internationalen Stars werden regionale Gruppen und Musiker im neugeschaffenen «Zält»...

Dritter Hochschul-Ausbaubericht veröffentlicht

Anfang April veröffentlichte der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) eine Zusammenfassung des dritten Ausbauberichtes. Der vollständige Ausbaubericht, ca. 500 Seiten umfassend, erscheint im Juni...

Advertisement for MOJON'S ARMY-SHOP U.S.-ARMY-Schlafsack. Includes product description, price (89 Fr.), and contact information for Nicolas Mojon & Co. AG.

Advertisement for a travel agency. Text: wir suchen: weitdenkende, aufgestellte, praktische, kinderliebende, aufbauende, selbstversorgende, naturverbundene, handwerkliche, erfahrene, landwirtschaftliche spaghettiessende, mutige, energiebewusste genügsame, ausdauernde, singende liebe Menschen, welche mit uns in spätherbst 78, im grünen herz italiens, ein soziales oekologisches, zukunftsorientiertes gemeinschaftsunternehmen verwirklichen wollen. Näheres durch: terranova CH-4954 wyssachen

Advertisement for Ierapetra - Kreta von der Südseite betrachtet. Includes a drawing of a classical building and text describing the location and prices for travel packages.

Advertisement for SSR-Reisen. Text: anders als anders Reisen für junge Leute. Includes contact information for Leonhardstrasse 10, 8001 Zürich.

Advertisement for ZYTGLOGGE ZYTIG. Text: Monatsrechnung für Bach und Bühne. Includes information about subscriptions and contact details for Druckerlei Dürrenmatt AG.

Large advertisement for GAULOISES cigarettes. Features a drawing of a classic car and a pack of cigarettes. Text: Wer im Filter gern mal sitzenbleibt. Wer Schirm und Schirm nicht nutzt. Wüzig und unverwandelbar im Tabak.

Trotz zunehmenden Schwierigkeiten auf dem Akademiker-Arbeitsmarkt:

Kein Akademikerproletariat in Sicht

Von Urs Hänsenberger, VSS-Vorstand

Die Biga-Untersuchung zur Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit ist vor kurzem veröffentlicht worden (siehe dazu auch den Artikel im April-Konzept). Im folgenden wird anhand der in dieser Untersuchung präsentierten Daten spezieller auf die Beschäftigungssituation der Akademiker eingegangen. Von besonderem Interesse sind – über die nicht sonderlich spektakulären Ergebnisse hinaus – Tendenzen und prinzipielle Fragestellungen im Hinblick auf die beschäftigungspolitischen Zukunftsperspektiven. Im Vordergrund steht die Frage nach der Entkopplung von Beschäftigungs- und Bildungssystem.

Zumindest die 4000 befragten Akademiker sind weder stärker noch schwächer von der Arbeitslosigkeit betroffen als andere Berufsgruppen. Dies ist wohl das wichtigste Ergebnis dieser im Auftrag des Biga im Sommer 1977 von der Akademischen Berufs- und Studienberatung (AGAB) durchgeführten und von der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) weitgehend finanziell unterstützten Studie. Der Schlussbericht fasst das Ausmass der Berufstätigkeit wie folgt zusammen: «Von den 3941 Antwortenden sind 100 Hochschulabsolventen oder 2,5 Prozent als stellensuchende Arbeitslose zu bezeichnen. Weitere 98 haben wohl

Westschweiz, und zwar für sämtliche Studienfachrichtungen, hingewiesen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Westschweiz einen ungleich höheren Absorptionsgrad an akademischen Arbeitskräften aufweist, wenn man berücksichtigt, dass im Westschweizerland in Relation zur Wohnbevölkerung Jahr für Jahr fast doppelt so viele Jungakademiker die Universitäten verlassen als in der deutschen Schweiz. Niklaus Blatter folgert

Zusatzqualifikationen oder im günstigsten Fall mit Kontakt zum spätem Berufsfeld bereits während des Studiums – positive Auswirkungen bei der Arbeitsuche verspürten. Erstaunen mag, dass im allgemeinen gute Sprachkenntnisse oder etwa Maschinenschreiben, ganz im Gegenteil zu Kenntnissen in der Datenverarbeitung, sich nicht entscheidend auswirken.

Um den Absolventen von Hochschulen den Übertritt ins Berufsleben etwas zu erleichtern, hat der Bundesrat am 22. März beschlossen, in der allgemeinen Bundesverwaltung mit einem Aufwand von höchstens einer Million Franken ca. 50 Praktikantenstellen zu schaffen. Die Entlohnung soll dabei höchstens 20 000 Franken betragen, der Einsatz ist auf ein Jahr beschränkt. Es ist vorgesehene, dass Praktikanten etwa drei Wochenstunden für ihre gezielte persönliche Weiterbildung verwenden. Die Stellen werden im Interkantonalen Stellenbulletin ausgeschrieben.

unmittelbaren Zusammenhang zwischen der niedrigen Arbeitslosenquote und dem hohen Grad an Teilzeitarbeitstellen.

Ein Jahr nach dem Studium sind erst 10 Prozent der Beschäftigten davon überzeugt, das richtige Tätigkeitsfeld gefunden zu haben, und 6 Prozent sind auf intensiver Stellensuche. Etwa 2,5 Prozent der Befragten fühlen sich in Stellen eingesetzt, wo sich eine Hochschulbildung gänzlich erübrigen würde. Bezüglich des fachspezifischen Wissens ist die Übereinstimmung weniger ausgeprägt: Knapp die Hälfte der Antwortenden kann das erworbene Wissen in der Praxis sehr gut anwenden. Besonders hoch ist die Anwendbarkeitsquote im Hochschulbereich, in der Rechtsprechung und in der Gesundheitsversorgung, geringer hingegen in Wirtschaft und Verwaltung.

Rund zwei Drittel der Absolventen meinen, dass ihre berufliche Tätigkeit mit ihren persönlichen Interessen bzw. Fähigkeiten übereinstimmt.

Keine Verbesserung in Sicht

In dieser im Sommer 1977 für Hochschulabsolventen nicht besonders gespannten Beschäftigungssituation müssen alle Versuche, ein künftiges Akademikerproletariat an die Wand zu malen, als Schachzug dazu gewertet werden, das Bildungsprivileg zu restaurieren.

Es wäre aber falsch, eine Verbesserung für die nahe Zukunft zu erwarten. Dies gilt für alle Berufsgruppen, selbst wenn hier und dort zwischen den einzelnen Sparten Verschiebungen stattfinden werden. Für die Hochschulabsolventen wird der Übertritt ins Berufsleben noch problematischer, denn der Konkurrenzdruck von seiten bereits im Besitz von Berufserfahrung befindlichen arbeitssuchenden Akademikern oder in einzelnen Bereichen von Berufsleuten mit anderer höherer Qualifizierung wird weiter zunehmen. Selbst wenn Dauerarbeitslosigkeit für die Hochschulabsolventen nicht zur Regel werden sollte, wird sich die Sucharbeitslosigkeit für sie verlängern. Hier fehlen aber präzise Daten über die Dauer der individuellen durchschnittlichen Arbeitslosigkeit, wie auch Untersuchungen über längere Zeiträume. Die AGAB-Untersuchung ist in diesem Zusammenhang lediglich als einmalige Momentaufnahme ohne prognostischen Wert in die Argumentation einzubeziehen.

Zunehmende Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt werden sich zu Hauptaspekten bzw. ausbildungsinadäquaten Beschäftigung, in der Reduzierung der Einkommen und in einer generell wachsenden Arbeitsplatzunsicherheit. Ausdruck von letzterem ist die Zunahme von befristeten oder teilzeitlichen Anstellungsverhältnissen, dies speziell im öffentlichen Dienst als Folge des allgemeinen Personalstopps und besonders demonstriert durch die Gymnasiallehre.

Was nützen Pläne?

Will man dem «social demand» entsprechend bildungspolitische Rezepte entwerfen, so muss man sich jederzeit der Beschränkung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewusst sein. Sofern staatliche Politik nicht direkt den Kapitalinteressen dient, so ist sie doch jederzeit durch diese in Frage gestellt. Dies ist mit ein Grund, weshalb arbeitsmarktpolitische Bedarfprognosen meistens total in der Luft hängen, selbst solche mittelfristigen Charakters.

Diese als Grundlage für die expansive Entwicklung des Bildungswesens zu nehmen, ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern in ebensolchem Masse zynisch, wäre es doch bei weiter anhaltender Arbeitslosigkeit gleichbedeutend mit der

Forderung nach einem festen Kontingent von Jugendlichen, die überhaupt kein Recht auf irgendeine Ausbildung besässen. So etwa Gewerbetreibender Otto Fischer, der sein Referendum gegen das neue Hochschulförderungsgesetz mit dem expliziten Wunsch nach einem Mehr an unqualifizierten und ungelerten Arbeitskräften verknüpfte.

In diesem Zusammenhang könnte deshalb der Staat als Arbeitgeber eines grossen Teils der Akademiker eine überaus wichtige Rolle in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen einnehmen. Der Forderung nach einer sofortigen Aufhebung des staatlichen Personalstopps wäre deshalb höchste Priorität einzuräumen.

Diese provokative Frage stellt Bernd Güther¹ angesichts der desolaten Zustände in der BRD: «Und... muss die arbeitsmarktpolitische Pufferfunktion der Hochschulen als Wertschöpfung der potentiell und perspektivlos Arbeitslose voll genutzt werden...»

Gehen wir davon aus, dass Alternativen zur Hochschulbildung für Maturanden mittelfristig in nennenswertem Umfang nicht bereitgestellt werden können (heute beginnen etwa 10–15 Prozent der Maturanden eine Berufslehre, vor allem im Gesundheitswesen und im paramedizinischen sowie kulturellen Bereich) und zudem eine Akademisierung von Berufen, die bisher einen solchen Qualifikationsgrad nicht benötigten, wegen des daraus resultierenden Verdrängungsdrucks auf die Berufslöhner (trifft vor allem Schulabgänger ohne Mittelschulabschluss) aus einem ganzheitlichen bildungspolitischen Denken heraus in keiner Weise wünschenswert ist, so erscheint auch für die Schweiz, wo bis 1985 eine Zunahme von 12 000 bis 16 000 Hochschulmaturanden erwartet werden muss und bis 1991 14 000 zusätzliche Lehrstellen zu schaffen sind, die Frage Güthers nicht ganz so abwegig zu sein. Auf alle Fälle wirken auf dem Hintergrund solcher Überlegungen Rufe nach Kurzstudienwegen geradezu kontraproduktiv, auch wenn klar ist, dass das Kapital eher geneigt ist, die Ausbildungskosten zu halten und eine Überqualifizierung zu vermeiden.

Überqualifizierung ist wünschenswert

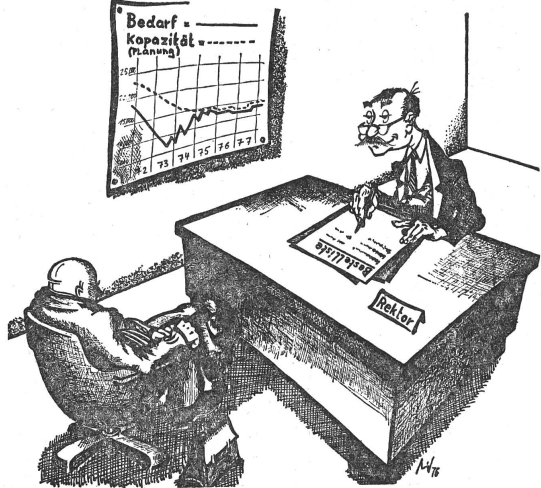
«Die Alternative, die sich heute anbietet, heisst nicht Ungleichgewicht oder Angleichung von Angebot und Nachfrage über alle Sektoren hinweg, sondern lautet: Überschuss an Qualifizierten oder Überschuss an Nichtqualifizierten in allen Sektoren. Der Wissenschaftsrat ist der Meinung, dass ein Überschuss an Qualifizierten weniger ungünstig ist...» Diese Ansicht wird ebenfalls von Blatter² und Güther geteilt.

Folgende Argumente sprechen für eine Höherqualifizierung: Die Erfahrungen in der BRD haben gezeigt, dass Höherqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt über eine grössere Flexibilität verfügen und vielseitiger einsetzbar sind. Zudem ist es fragwürdig, den Qualifizierungstrend einer Gesellschaft zu stoppen. Dies auch angesichts der Tatsache, dass bereits wieder ein Mangel an qualifizierten und akademischen Arbeitskräften für die Zeit nach dem «Geburtenberg» prognostiziert wird.

¹ Bernd Güther, «Intelligenz ohne Arbeit», in: «Blätter für deutsche und internationale Politik», 2/78, Pahl-Rugenstein Verlag Köln.

² Dritter Bericht über den Ausbau der Schweizerischen Hochschulen, Zusammenfassung der Folgerungen und Empfehlungen, Schweizerischer Wissenschaftsrat, Bern 1978.

³ Niklaus Blatter, «Trotz Uni-Abschluss arbeitslos», in: «Schweizerische Finanzzeitung» vom 8. und 15. März 1978.



VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften
 Erlachstrasse 9
 3012 Bern
 Tel. (031) 23 28 18

Vorstand: David Gerber, Urs Hänsenberger, Thomas Hellmann

noch keine Stelle, jedoch eine feste Beschäftigungszusage. Es steht fest, dass sich weitere 110 Befragte wegen Schwierigkeiten, die sie auf dem Arbeitsmarkt angegriffen haben, für eine Zwischenlösung (Weiterbildung, Zweits Studium usw.) entschieden haben. Gut 10 Prozent haben freiwillig auf eine Erwerbstätigkeit verzichtet (Weiterbildung, familiäre Gründe usw.). Knapp 3200 Absolventen sind gemäss den Untersuchungsergebnissen im eigentlichen Sinne berufstätig, d. h. rund 81 Prozent. Davon sind jedoch 285, oder rund 9 Prozent der Beschäftigten, nicht im gewünschten zeitlichen Ausmass angestellt.»

Frauen und Ausländer stärker betroffen

Mehr als 10 Prozent der Frauen sind nicht im gewünschten Ausmass beschäftigt, und 5 Prozent haben gar keine Stelle gefunden (Männer: 6,5 bzw. 2 Prozent). Von den Frauen besitzen lediglich 47 Prozent eine feste Anstellung, bei den Männern sind es 58,5 Prozent. Allerdings sollte man bedenken, dass Frauen im allgemeinen aufgrund der ihnen heute zugeteilten gesellschaftlichen Rolle Studienrichtungen bevorzugen, bei denen die Beschäftigungsprobleme oft gerade am grössten sind (Sozial- und Geisteswissenschaften).

Neben der geschlechtsspezifischen Diskriminierung begegnen besonders auch Ausländer speziellen Widerständen. Bei den niedergelassenen ausländischen Hochschulabsolventen sind 7 Prozent, bei den übrigen Ausländern noch 5,5 Prozent arbeitslos, ein divergierendes Auftreten der Arbeitslosigkeit auch je nach Altersklasse: jüngere und ältere Absolventen sind stärker betroffen.

Schon in der letzten Nummer wurde auf die höhere Arbeitslosigkeit in der

deshalb in der «Schweizerischen Finanzzeitung» vom 15. 3. 78 richtig: «... dass sich die Arbeitsmarktprobleme der Hochschulabsolventen nicht einfach direkt proportional zum Ausbau des Bildungswesens vergrössern». Es sind damit noch andere Faktoren wirksam, wie etwa die gesamte wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung und damit die sich auf dem Hintergrund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts verändernde Beschäftigungsstruktur, lohnpolitische Andersbewertung der verschiedenen Qualifikationsstufen (z. B. eine lohnmassige Angleichung von Akademikern und der andern höher qualifizierten Lohnabhängigen nach unten usw.)

Beschadene Bundeshilfe mit Praktikantenstellen

Nicht neu dürfte die Tatsache sein, dass Absolventen mit beruflicher Praxiserfahrung – 2. Bildungsweg, Ausbildungsstellen während des Studiums, speziellen

Die meisten Schwierigkeiten finden die Absolventen der sozial- und geisteswissenschaftlichen Fakultäten vor. Eine Ausnahme ist lediglich bei der Kunstwissenschaft, Anglistik und Geschichte festzustellen. Günstiger als die Ingenieure liegen die Phil.-II-Absolventen. Bei den Ingenieuren sind besonders die Kultur- und Bauingenieure – wie die Architekten –, bei den Phil.-II-Absolventen besonders die Biologen unterbeschäftigt. Nicht unterdurchschnittlich schlecht gestellt sind gesamthaft gesehen die Absolventen der typischen Gymnasialfächer. In den sie betreffenden Studienrichtungen sind die diplomierten Gymnasiallehrer besser gestellt als die Lizienten, jedoch schlechter als die Promovierten. Sie weisen indessen die höchste Quote der nicht in befriedigendem Ausmass Beschäftigten und dementsprechend ebenfalls eine hohe Quote an Teilzeitbeschäftigten auf, ein Hinweis auf das knappe Angebot an Hauptlehrstellen. Die AGAB vermutet speziell für diese Berufsgruppe einen

AZ 501 ZÜRICH

SCHWEIZERISCHE

Handels Zeitung

IMMERCIALE ET FINANCIÈRE SUISSE

SHZ

Wirtschaft ist (fast) alles!

Nicht alles. Zum Glück. Aber vieles. Sehr vieles sogar. Auch als Student fühlt man dies. Tagtäglich. Wenn Sie die Gründe, ja die Hintergründe, wissen wollen, dann sind wir für Sie die richtige Adresse, z.B. wer ist wer in der Wirtschaft? Wer bestimmt mit, wer nicht? Was kostet eine Fussball-Weltmeisterschaft, was ein Jazzkonzert? Oder wie sind meine Ausbildungs- und Aufstiegschancen in der Wirtschaft?

Alles dies und vieles mehr finden Sie bei uns, in der SHZ!

Das Studenten-Abonnement der SHZ kostet nur den halben Preis. Diese wenigen 40 Franken – im Augenblick eine Zuschussleistung der SHZ – bedeuten ein fast «geschenktes» Ausbildungsprogramm. Für Sie, weil das, was Sie heute schon wissen, morgen für Ihre Zukunft entscheidend sein kann. Wir freuen uns über Ihr Leserinteresse. Füllen Sie den nebenstehenden Coupon aus:

COUPON

Ich möchte die SHZ zuerst kennenlernen. Bitte schicken Sie mir unverbindlich Probenummern.

Ich bestelle gleich ein Studenten-Abonnement der SHZ, und zwar für Fr. 40.– für 1 Jahr (52 Nummern).

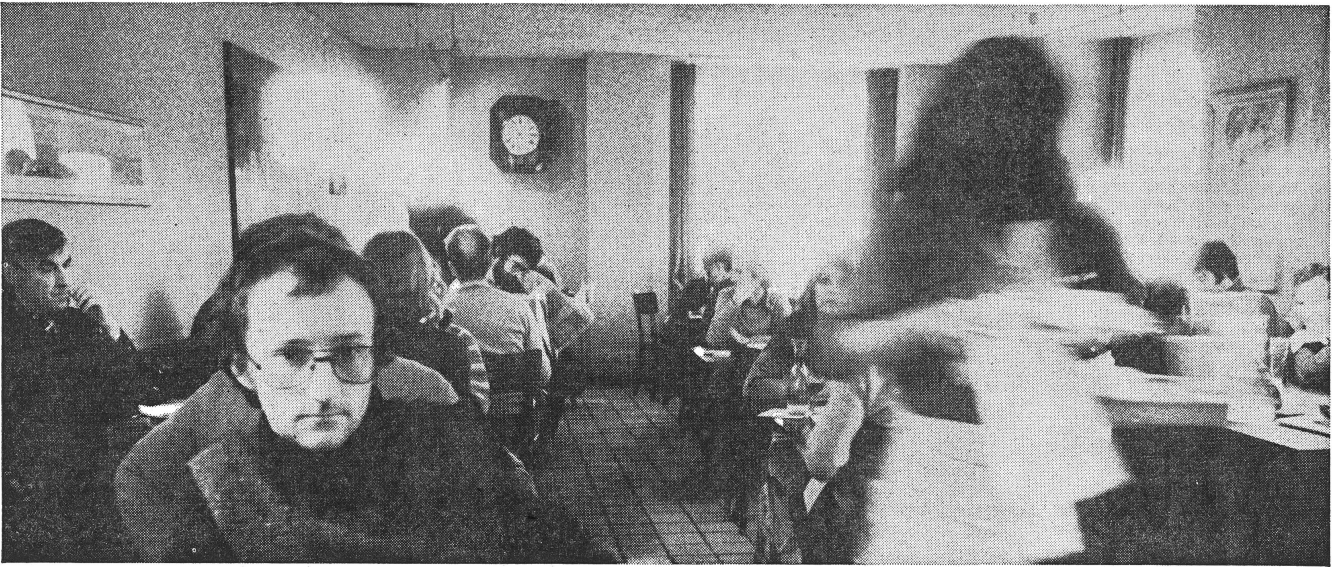
Name: _____

Vorname: _____

PLZ/Ort: _____

Hochschule: _____

Bitte als Drucksache einsenden an Schweizerische Handelszeitung, Postfach, 8027 Zürich



Zürich hat jetzt eine Abendzeitung.

Sie erscheint jeden Freitagmorgen.

Sogenannte «Abendzeitungen» erscheinen normalerweise am Abend, berichten aber über das, was am Morgen geschehen ist.

Bei unserer Abendzeitung ist es umgekehrt: Sie erscheint an einem Morgen und berichtet über das, was am Abend geschieht. Und nicht etwa über das, was am gleichen Abend geschieht, sondern über Dinge, die sich erst an den Abenden der folgenden Woche ereignen. Hellschere!

Die Zeitung, die so viel über die Zukunft weiss, ist das neue «Wochenprogramm» des Tages-Anzeigers. Gemacht für Leute in und um Zürich, für die der Abend aus etwas anderem besteht, als in die Pantoffeln zu schlüpfen und müde zu sein.

Für Leute wie Sie, die noch Lust zum Ausgehen verspüren. Und die

über Filme, Theateraufführungen, Opern, Sinfoniekonzerte, Jazz-Sessions oder Kunstausstellungen mehr wissen wollen, als dass sie stattfinden.

Das einmalige an Zürichs neuer Abendzeitung ist freilich, dass man sie immer zusammen mit einer echten Morgenzeitung, dem Tages-Anzeiger, bekommt. Und den bekommen Sie nicht nur am Freitag, sondern sechsmal in der Woche. Mit Informationen über die grosse und die kleine

Politik, die Wirtschaft, die Kultur, den Sport. Und mit seinen Begleitern, dem grossen Stellen-Anzeiger am Dienstag und am Donnerstag und dem anspruchsvollen Magazin am Samstag. Und noch etwas bekommen Sie, nur Sie: 30% Studentenrabatt.

TAGES-ANZEIGER WOCHENPROGRAMM

Vernachlässigte Mediendiskussion | Luzern

Tages-Anzeiger
SA 28.1.—
FR 3.2.78

Panikstage
Er lebt Haschischbuchen und trinkt vorzüglich Kiechwasser. Seine Lieblingsfarben sind Grünblau und Fottblau. Zu seiner Nachlässigkeit rechnet er Streichholzer. Diese Informationen gab der unvergessliche, Rock-Musiker Ueli Lindenberg im Verlauf eines offenbar sehr angeregten Gesprächs einer jungen Journalistin, die sich sehr darum bemühte, dem Panik-Macher eine ebenfalls Partnerin zu sein. Das ist gar nicht einfach. Und man sollte niemanden geringachten, der das nicht schafft. Ueli ist eine Klasse für sich. Eine Klasse für sich sind jedoch auch eine Fests. Sie können etwas, was den Eigenen deutscher Zunge bis auf den heutigen Tag schwergefallen ist. Sie können Nonsense? Erfunden haben ihn die Engländer. Und die hervorzuheben Sie Nonsense?

DIE KLECKSER
rst. Die Alleinberrscher der die Ereignisse sind noch neu genug, wir schwimmen immer noch in ihrem Kiechwasser. Jetzt! Konkreten Bill und Lohse fallen vor allem ein. Mit rechnerischer Genauigkeit ausgeklügelte Bilder, die Farben wie Themas auf der Goldwaage ausgewogen, der Bildbau aber mit

COUPON
30% Studentenrabatt.

Ich möchte den Tages-Anzeiger, diese Morgen- und Abendzeitung, kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.
 Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:
 monatlich Fr. 6.85 halbjährlich Fr. 38.90
 vierteljährlich Fr. 19.65 jährlich Fr. 77.-

Name _____
Strasse _____
PLZ, Ort _____
Fakultät _____ 7411
Semester _____

Bitte ausschneiden und senden an: Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich